

# Courier

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.

Einzel-Abonnement pro Quart. stanco geg. stanco 1,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin S. 16, Engel-User 21.

Telephon: Tmt IV, 950.

Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachm., Sonnags geschl.

Redaktionsgeschäft  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangt Manuskripte werden nicht zurückgegeben.  
Bücher und Illustrationen an die Schriftstellung.

Nr. 28.

Berlin, den 13. Oktober 1907.

11. Jahr.

## Der Streik der Münchener Speditionsarbeiter oder ein Einfall der Scharfmacher.

Der Lohnbewegung der Münchener Möbeltrans-  
portarbeiter, die sonstigen unterschieden blieb, ist eine  
Bewegung der Speditionsarbeiter gefolgt. Bei dieser  
war von vorneherein alle Ansicht auf fristliche Ver-  
leistung und auf Abschluss eines Tarifvertrages vor-  
handen, da die größte Firma, die Laderinnung, die  
Vereinigung der gestellten Forderungen, indirekt an-  
erkannte; sie führen aber die volksähnlichen Scharf-  
macher dazwischen und bestimmen selbstherlich, daß  
die Laderinnung nicht mehr Herr im  
eigenen Hause sein solle, sie ver-  
boten ihr den Tarifabschluss. Die Laderinnung gab  
leider dem unerhörten Terrorismus der  
Saxa-Macher nach, und so kam es zum Streik,  
über dessen äußerst interessanten Verlauf wir an der  
Hand der „Münchener Post“ berichten:

„Das Verkehrsministerium stellt Streikbrecher!  
Wie wir bereits mitgeteilt haben, war zwischen  
der Organisation der Speditionsarbeiter, und dem Deut-  
schen Transportarbeiter-Verband, und der Laderin-  
nung über die Forderungen der Arbeiter Einigkeit  
erzielt worden, allein der Arbeitgeberverband an-  
erkannte die Laderinnung diesen Abschluss, durch den  
für die Arbeiter pro Woche 27 M. und für die  
Schaffner 26 M. zu bezahlen gewesen wären. Der  
Arbeitgeberverband wollte nur 25 und 24 M. im  
Höchstmaße genehmigen. Die Laderinnung sollte  
nun einer Differenz dadurch aus dem Wege gehen,  
daß sie — im Einverständnis mit dem Arbeitgeber-  
verband! zwar die vom Arbeitgeberverband be-  
schlossenen Lohnsätze von 25 und 24 M. im Höchst-  
maße bezahlten, aber zugleich pro Woche eine Grat-  
sifikation von je 2 M. hinzuzügen wollte, so daß in  
Wirklichkeit seine Lohnsätze bezahlt werden wären, die  
mit der Organisation der Arbeitnehmer bereits ver-  
einbart waren. Der Vorsteher des Arbeitgeberver-  
bandes, Herr Worschauer, knüpfte aber daran die  
sonderbare Bedingung, daß für die 2 M. Gratifi-  
kation im Tarif die Arbeitszeit um täglich 1½ Stunden  
verlängert werden müsse. Er versicherte dabei,  
daß diese Verlängerung der Arbeitszeit lediglich pro-  
forma in den Tarif aufgenommen werden sollte, da-  
mit es nach außen hin gerechtfertigt erscheine, daß die  
Laderinnung um 2 M. mehr bezahle, als die übrigen  
Speditionsfirmen, für welche der Arbeitgeberver-  
band strikte seine Lohnsätze von 25 und 24 M. im  
Höchstmaße aufrecht erhält. Dabei wurde noch be-  
hauptet, daß diese Gratifikation sein Bestandteil des  
Lohnes sei, so daß die Laderinnung sie jederzeit  
wieder streichen könnte.

Namens der Organisation erklärte Gauleiter  
Döbler, daß eine derartige Annahme absehbar wer-  
den müsse und auch Gewerberichter Salomon nannte  
diesen Vorschlag geradezu eine Verschleierung. Da  
eine Einigung nicht zu erzielen war, wurden die  
Verhandlungen abgebrochen und die Arbeiter der  
Laderinnung traten mittags in Streik.

Durch die weitere Erklärung des Herrn War-  
schauser, daß für die übrigen Speditionsfirmen weitere  
Zugeständnisse als 25 und 24 M. im Höchstmaße  
nicht gemacht würden, traten auch gestern und heute  
morgen in den nahmätesten Speditionsfirmen die  
Leute in den Ausstand.

In einem Interview der „M. R. Nachrichten“ ver-  
ständigt die Vereinigung der Münchener Spediteure  
und Fuhrwerksbesitzer, daß die Unternehmungen am  
Gewerbegericht gescheitert seien trotz der angebotenen  
Lohnverhöhlungen. Die angebotene Lohnverhöhlung  
macht die Vereinigung wohlweislich nicht nachhaltig,  
sie beträgt nämlich gegenüber dem alten Tarif  
einen und zwanzig Pfennige pro Woche!

Ein Bahnprediteur, die Firma Ladermayer, ge-  
nehmigte gestern bereits die Forderung der Organi-  
sation vollständig, ein Beweis, daß die Forderungen  
der Arbeiter nicht unbedeckt sind. Trotzdem  
sieht sich die 1. Eisenbahndirektion München ver-  
antlos, zugunsten der nicht genehmigten Firmen  
Stellung zu nehmen, dann sie erklärt folgende „Ve-  
sammlung“:

Mit dem 1. Oktober sind die Transportarbeiter  
der Spedition in München-H. B. in den Ausstand  
getreten. Hierdurch wird die rechtzeitige Ausführung  
der Güter in Frage gestellt.

Die Eisenbahndirektion wird versuchen, die  
Güter, deren Zustellung der Laderinnung als bahn-  
amtliche Rollbahnhofunternehmer übertragen war,  
durch Bahnpersonal anfahren zu lassen. Eine Ver-  
pflichtung hierzu wird jedoch nicht übernommen; es  
bleibt vielmehr vorbehalten, diese Güter den  
Empfängern zur Selbstabholung zu überlassen.

Sobald die Zustellung der Güter von den  
Empfängern den Privatlieferanten überlassen wor-  
den war, werden die Empfänger bei eintretenden  
Störungen im Betriebe der Privatlieferanten sofort  
ausnahmslos von dem Interesse der Güter zur  
Selbstabholung benachrichtigt. Werden diese Güter  
nicht rechtzeitig aus den Güterhallen abgefahren, so  
wird die Eisenbahndirektion, soweit es ihr mög-  
lich ist, zur Befriedigung von Störungen ohne Über-  
nahme einer Haftung für die rechtzeitige Zustellung  
auch diese Güter durch Bahnpersonal zuschicken. Immerhin wird den Empfängern dringend  
empfohlen, die ihnen avisierten Güter selbst abholen  
zu lassen.

Bahnpredigende Güter, die nicht binnen 48 Stun-  
den abgeholt werden, werden zur Räumung der  
Hallens auf Privatlage gegeben.

Eine Zustellung von Gütern aus der Stadt  
zum Bahnhof wird von der Eisenbahndirektion  
nicht übernommen; die Laderinnung ist von dieser  
Verpflichtung für die Dauer des Ausstands ent-  
bunden.

Gestern wird das gesamte Publikum um  
die auswärtigen Verleihende ersucht,  
die vom Münchener H. B. bestimmte  
Gütersendungen bis auf weiteres möglichst zurück-  
gehalten werden mögen.

### R. Eisenbahndirektion.

ges. Hand.

Die Eisenbahndirektion greift also direkt in die  
Bewegung ein, und zwar zu ungünsten der Arbeiter,  
obwohl deren Forderungen auch von der Laderin-  
nung als berechtigt anerkannt wurden; denn die  
Laderinnung hätte ausnahmslos die Forderung der  
Arbeitnehmer bewilligt, wenn nicht der Arbeitgeber-  
verband sich dagegen gestellt hätte. Eine Speditions-  
firma genügt es außerdem, die Forderungen, in  
vollster Umsänge, es liegt also in ihnen gewiß keine  
Unbillstat. Und trotzdem kommandiert die Eisen-  
bahndirektion ihre Arbeiter zur Streikbrecherarbeit und  
droht jedem ihrer Arbeiter, der sich weigert, als  
Streikbrecher Dienste zu tun, unbedingte Entlassung.

Eine Staatsbehörde bringt es fertig, ihre Ar-  
beiter unter Drohung mit der Hungerpeitsche zu zwin-  
gen, ihren Anschauungen über Ehrenhaftigkeit ent-  
gegen zu handeln. Die Eisenbahndirektion ergreift in  
mechanischer Reaktion Partei für die Unternehmer, die  
offensichtlich sich im Unrecht befinden. Es wird nicht  
nur angeordnet, daß die Güter der Laderinnung, son-  
dern auch die Güter der Privatlieferanten soweit wie-  
möglich angefahren werden. Ferner wird die Laderin-  
nung, um ihr über jede Unbegrenztheit hinweg-  
zuholzen, für die Dauer des Ausstands von der  
Güterzustellungspflicht entbunden und — ganz wie  
die Scharfmacher selbst — wendet sich die Eisenbahndi-  
rektion zum Schluß an die Oberschicht und er-  
sucht für die Unternehmer einzutreten — um es kurz zu sagen: Die Eisen-  
bahndirektion erneidigt sich zum Hausherrn des  
Arbeitgeberverbandes.

Und diese Erneidigung geschieht zweifellos im  
Auftrage des Verkehrsministeriums.

Hat das Gesamtministerium dies unberührte und  
folgschwere Verhalten des Verkehrsministeriums ge-  
billigt oder zeigt Herr v. Frauendorfer auch hier  
wieder auf eigene Faust seine „laufmännische Be-  
fähigung“?

### Der Verkehrsminister als Organisator des Streiks.

Die Staatsarbeiter, die das Verkehrsministerium  
zur Streikbrecherarbeit auffordern, tragen am Arm weiße  
Binden mit der Aufschrift: Amilie Güller-Bücherei.  
Es tragen aber die amtliche Legitimation nicht nur  
Staatsarbeiter, sondern auch jene Streikbrecher, deren Schuhardt erläuterte, daß er aus moralischen Gründen

die Laderinnung habhaft werden konnte. Das Ver-  
kehrsministerium verfügt also auch Streikbrecher, die  
Staatsarbeiter sind, mit amtlichen Legitimationen  
die Güter in Frage gestellt.

In der „Allgemeinen Zeitung“, von der man nicht  
mit Unrecht sagt, daß der Verkehrsminister in ihm  
selbst das Wort ergreift, wenn er sich gegen Prekari-  
griff zu verteidigen hat und seine Ungeheuerlichkeiten  
und Misshandlung zu beschönigen versucht, wird zu un-  
serem leidigen Anteil bemerkt:

„Die Münchener Post“ sollte es wissen, daß die  
Bahnverhältnisse und Einrichtungen in allen Provin-  
zialbahnhöfen dazu notiz, die Stückgüter so lange Zeit  
als möglich zu lagern. Wenn nicht eine regelmäßige  
Abfuhr stattfindet, würde in allerklirtester Zeit eine  
solche Ablösung von Gütern eintreten, daß eine  
gerechte Abwicklung des Verkehrs vollständig aus-  
geschlossen wäre. Es dürfte für jeden Einrichtigen  
 klar sein, daß die Eisenbahndirektion im öffentlichen  
Interesse gehwogen war, einem solchen Aus-  
stand zu begegnen. Darin daß die Zustellung der Güter  
zum Bahnhof durch die Laderinnung eingesetzt  
wurde, liegt sicherlich keine Paroleinahme zu Ungun-  
sten der Arbeiter, weil die Eisenbahn sich darauf  
beschränkt hat, nur die zur Hintanhaltung von Ver-  
kehrsstörungen unbedingt erforderliche Arbeit aus-  
zuführen.“

Dieser schwächliche Geschönigungsversuch ändert  
nichts an der unerhörten Tatsache, daß sich das Ver-  
kehrsministerium zum Handlanger und Hausherrn eines  
Scharfmacherverbandes herabgewürdigt hat und offen  
Partei ergreift gegen Arbeiter, die eine sehr mäßige,  
allgemein als berechtigt anerkannte Forderung stellen.  
Die Maßnahmen der Eisenbahndirektion dienen durch-  
aus nicht dazu, einen östlichen Rollstand zu beheben,  
das beweist schon der Umstand, daß auf Betreiben der  
Eisenbahndirektion heute das Gewerbegericht sich mit  
dem Ausstand beschäftigt. Die Eisenbahndirektion hat  
wohl selbst eingesehen, daß die in der Güteranfuhr  
eingeschulten Staatsarbeiter die von ihnen geforderten  
Leistungen nicht zu erfüllen vermögen. Es bleibt also  
von diesen Maßnahmen nichts anderes übrig, als die  
nicht wegzubüttelnde Tatsache, daß das Verkehrs-  
ministerium den Verlust macht, einem Scharfmacher-  
verband in einem ungeredigten Kampf gegen Ar-  
beiter seine Unterstützung angeboten zu lassen und  
die Arbeiter zu schädigen. Ein derartiger Versuch ist  
bis jetzt noch nicht einmal in Preußen gemacht wor-  
den. Es zeigt sich damit deutlich, daß der Autor der  
Territorialismus liebt nichts anderes als ein Werk-  
zeug in den Händen einer arbeiterfeindlichen Elane;  
diesen Eindruck können auch nicht seine sozialpolitischen  
Nebenarbeiten verwischen, mit denen der Verkehrsmin-  
ister ab und zu eine Ausführungen im Landtag ver-  
bringt.

Vor dem Gewerbegericht.

Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt be-  
gannen neuerliche Verhandlungen zwischen den Ver-  
tretern der Arbeiterorganisation und den Vertretern der  
Laderinnung und der Firma Welsch. Als Auskunfts-  
version ist zugelassen zur Verhandlung der Vorsteher  
des Arbeitgeberverbandes, Worschauer. Die Vertreter  
der Laderinnung und der Firma Welsch erläutern, daß  
nur vorbehaltlich der späteren Zustimmung des Arbeit-  
geberverbandes ein Tarif verabschiedet werden könne. Zunächst wird über die Tarisdauer verhandelt und von  
beiden Seiten anerkannt, daß einer Dauer von drei  
Jahren nichts entgegenstehe. Herr Worschauer erklärt,  
daß er seinerzeit die Anerkennung mit dem Deutschen  
Transportarbeiterverband werde in seine Verhandlung  
beifüllig der Möbeltransporteure eingebracht, in höch-  
ster Erregung getan habe, sie sei aber nicht so schär-  
fend gewesen und er halte sie nicht mehr anstrengend.  
Der Streik der Möbeltransportarbeiter sei unentbehr-  
lich geblieben, wenn aber jetzt mit den Spediteuren  
ein Tarif abgeschlossen werde, sei es nicht ausgeschlossen,  
daß bis zur nächsten Saison im April auch mit  
den Möbelspediteuren ein Tarif abgeschlossen werde.  
Gauleiter Döbler verlangt jedoch, daß schon jetzt mit  
der Firma Welsch ein Tarif in Bezug auf die  
Möbelspedition abgeschlossen werde. Nur mit der  
Speditionsabteilung der Firma einen Tarif abzu-  
schließen, wie die Firma Welsch vorschlägt, lehne die  
Arbeiterorganisation ab.

Dann wurde zunächst die Frage erörtert, ob die  
Firma Welsch auch zugleich für den Möbeltransport  
einen Tarif abschließen soll. Der Vertreter der Firma  
erläuterte, daß er aus moralischen Gründen

dies ablehne, da auch die übrigen Möbeltransporteure es jetzt noch ablehnen, einen Tarif abzuschließen. Herr Stiezenhofer meint, Ende Oktober könne wohl allgemein mit den Möbeltransportarbeitern ein Tarif geschlossen werden. Herr Schuchard beschwert sich darüber, daß seine Möbelpader gestern, obwohl sie 14 tägige Entlohnungsfrist hatten, in den Ausstand getreten sind. Er will die Arbeiterorganisation dafür verantwortlich machen. Dobler aber stellt fest, daß diese Leute verwirrt wurden, den Tarif zu brechen, daß sie auch nicht in den Streiklisten geführt werden und auch keine Streikgelder, sondern nur Arbeitslosenunterstützung beziehen. Herr Stiezenhofer meint, die Arbeiterorganisation erneut einen Tarif durch den Pader bei Weiß, denn sie zahlt den Leuten Arbeitslosenunterstützung, aus die laui Statuten die Leute Anspruch haben! Nach langen Erklärungen läßt sich Herr Schuchard endlich herbei, provisorisch auch mit den Möbeltransportarbeitern abzuschließen. Es wird dann in die Tarifberatung eingetreten. Gefordert sind Lohnsätze von 24, 26, 27 M. pro Woche, vom Arbeitgeberverband und den Firmen selbst werden aber 23, 24, 25 M. geboten. Da aber die Arbeitgeber jetzt nicht mehr die Invalidenmärkte zahlen wollen, beträgt ihre angebotene Aufbesserung ganze 21 M. pro Woche. — Dobler erklärt, daß eine Verbilligung, die Herr Wachauer an die Münchener Post richtete, unvollständig sei, insbesondere die Bezahlung, er, Dobler, sei geneigt gewesen, der Verlängerung der Arbeitszeit der Kuriere zuzustimmen. Herr Sturm (Laderinnung) erklärt nach längerer Unterhandlung, daß er die Forderung der Organisation von 24 M. (Speditionsarbeiter), 26 M. (Schaffner), 27 M. (Küstner) genehmigt. Von 1. Oktober 1909 ab wird der Lohn um 1 M. erhöht. Herr Wachauer erklärt, daß der Arbeitgeberverband damit nicht einverstanden sein werde, das sei zu hoch. Dobler: Es ist ganz eigentlich, daß der Arbeitgeberverband alles über einen Mann scheren will; die Laderinnung habe eine lange Arbeitszeit von 4 Uhr bis 7 Uhr, sie müsse daher auch besser bezahlen. Dr. Preuner: Aus der ganzen Situation geht hervor, daß die Laderinnung abschließen will, der Arbeitgeberverband aber verhindert es. Das ist ein widerwärtiges Bild. Bei der Laderinnung kommen Behörden in Betracht, die dies wohl zu würdigen wissen werden. Herr Wachauer erklärt darauf, daß er für die Bewilligung der Lohnsätze von 24, 26, 27 (eventuell 28 M.) eintreten werde.

Abends aber, in der Sitzung des Arbeitgeberverbandes, stimmt Herr Wachauer, wie wir hören, gegen die Forderungen, für die einzutreten er vor dem Gewerbegeklagten versprochen hatte.

#### Im bayerischen Landtag.

München, 4. Oktober.

Abg. Schmid - München (Soz.) legte dem Verkehrsminister eine weitergehende Unterstützung des Münchener Fremdentierzugs-Bereichs bringend nahe und äußerte dann zum Streit der Transportarbeiter in der Güterhalle:

Es ist festzustellen, daß es von der Haltung der Mehrheit dieses Hauses aus insbesondere auch von der Haltung und Stellungnahme des Herrn Verkehrsministers in der heutigen Sitzung abhängt, ob der Streit heute noch beigelegt oder ob der Ausstand weitergeführt wird. Gestern Abend tagten die Herren der Innung und des Arbeitgeberverbandes bis nachts 1 Uhr, um in der Sache einig zu werden. Heute früh haben bereits wieder Verhandlungen vor dem Gewerbegeklagten stattgefunden. Sie wurden abgebrochen, weil man hören wollte, welche Stellung das Ministerium in der Sache einnimmt, ob der Arbeitgeberverband nachgeben soll, oder ob er nicht nachgeben soll. Ich möchte nun darauf hinweisen, daß im März 1905 unter dem Hinweise auf die Jahresberichte der Fabrik- und Gewerbeimpfungen für das Jahr 1904 eine Entschließung des Staatsministeriums des Amtsbezirks ergangen ist. In dieser Entschließung, die selbst von der Münchener Post als ein sozialpolitischer Erlass bezeichnet wurde, heißt es unter anderem:

„Als eines der erfolgreichsten Mittel zur Verteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und zur Herstellung des so wohlbenswerten guten Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern haben sich die Tarifverträge erwiesen. Die Gewerbeausschüsse werden es daher als eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben zu betrachten haben, im Verein mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf das Zustandekommen von solchen Tarifvereinbarungen hinzuwirken, welche beide Teile zu beständigen geachtet erscheinen.“

Und vorher wurde schon in einer Entschließung sämischer Staatsministerien und des Kriegsministeriums festgestellt, daß mit Rücksicht auf den wohltätigen Einfluß der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker die Staatsregierung künftig Druckanträge mit von tarifreichen Firmen herstellen lassen wird, es werde ab 1906 überhaupt aus seiner Druckerei mehr etwas bezo gen, die nicht dem Buchdruckerarbeiter sich angeschlossen habe; die kleineren Behörden, die Kreis- und Gemeindebehörden sollten vertraut und ausseramt gemacht werden, in gleichem Sinne zu handeln. Man begrüßte in der Presse, auch in der Münchener Post diese sozialpolitische Einstellung des bayerischen Staatsministeriums in der Angelegenheit der Tarifverträge. Allerdings fühlte jedoch der Wind um. Schon im Jahre 1905, als hier der Metallarbeiterstreit und die Metallarbeiterauskunft deshalb ausbrach, weil die Arbeitgeber sich nicht auf die von den Arbeitern geforderten Tarifverträge einstimmten, nahmen die bürgerlichen Blätter, die vorher für die Tarifverträge eingetreten waren, die entgegengesetzte Stellung ein und sahelierten die bayerische Regierung wegen ihrer Entschließung, in dem sie sagten, die Regierung sollte sich bei solchen Dingen erst mit den einschlägigen maßgebenden Interessenorganisationen in Berührung legen und geeignete Informationen einziehen. Nichtsdestoweniger

ist es aber damals zu Tarifverträgen gekommen, auch in der Metallindustrie. Die Tarife haben fortgelebt weiteren Umfang angenommen, und wenige Gewerbeexistenzen heute noch, in denen nicht Tarifverträge bereits vorhanden sind, zum Nutzen der Arbeitgeber und der Arbeiter. Trotz all dieser Entschließungen und trotz dieser Lehren, die sie hier in München jahrelang gewinnen konnte, hat sich die Eisenbahndirektion aus Unzufriedenheit der Eisenbahner in den Güterhallen in der Güterhalle ungeschicklich Weise benennen. (Zuruf: Sehr richtig!) Es ist das die mildeste Verbilligung des Vorstandes der Eisenbahndirektion. Wie liegt denn die Sache? Noch vor dem 1. Oktober versuchten die Transportarbeiter bei der Laderinnung einen besseren Tarif mit den Unternehmern herzustellen. Es haben wiederholzt am Gewerbegeklagten Verhandlungen stattgefunden. Die Arbeitgeber dagegen, die sich jetzt im Ausstand befinden, alzestierten die von den Arbeitern geforderten Löhne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Laderinnung sagte: Wohl, wir brauchen ausreichendes Arbeitmaterial, außerdem können wir nur Leute beschäftigen, die einen einwandfreien Leumund besitzen. Abgesehen hierauf dauerte bei der Laderinnung die tägliche Arbeitszeit von 5 Uhr früh bis abends 7 Uhr. Wenn da nun gefordert wird, daß ein tarifähiger Lohn in der Woche gewährt werde, das von 24, 26 bis 28 M., so ist das gewiß nicht zu viel verlangt im Hinblick auf die Steuerung aller notwendigen Verkehrsarbeiten. Die Innung hat vor dem Eisenbahndirektorat bat man ancheinend selbst eingefehlt, daß die Sache nicht so glatt läßt, man hat dieleben zum Streitbruch angehaltenen Staatsbediensteten eine tägliche Zulage von 2,50 M. (Hört! hört!) zunächst einmal für die erste Woche gewährt, was dann werden soll, wird man sehen. 2,50 M. Zulage pro Tag an niedere Eisenbahndienstleute, wo man doch sonst so knauserig ist, auch nur 1 Mf. mehr zu zahlen! Man hatte wohl die Empfindung dafür gehabt, daß die Sache nicht mit rechten Dingen zugeht; ja, es ist ein förmliches Sindbenleben, das den armen Leuten in das Gesicht geworfen wird. Wer noch einen Funken sozialen Verständnis besitzt, muß gegen diese Haltung der Eisenbahndirektion, die vom Ministerium sanktioniert ist, energisch protestieren. Das tun wir hier! Und weil es nur von der Aussetzung des Ministers abhängt, ob heute mittag die ganzen Leute der Laderinnung antreten mit ihren Wagen und ihren Werkzeugen und sofort die Arbeit wieder aufnehmen, meine ich, ist es eine soziale Pflicht des Ministers, hier herzutreten und zu sagen: Gut, ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um den Frieden herzustellen und den Tarifabschluß zu fördern. Er kann es tun, wenn er von der Laderinnung verlangt, daß der Vertrag zu erfüllen ist. Wird das von der Innung verlangt, so wird sie froh sein, vor dem Arbeitgeberverband hinzutreten und sagen zu können: Ich bin verpflichtet, den Vertrag einzuhalten, die Sache ist zwischen uns fertig, seht ihr, wie ich mit dem Ministerium fertig werde! Ich denke, in dieser Form sollte die Antwort des Ministers gegeben werden und zwar umso mehr, als, wie ich annehme, sich einer der Herren auf der Tribüne unseres Hauses befindet, um die Antwort des Ministers zu hören. Er wird sofort zur Sitzung der Vorstandsschaft hingehen und über die Stellung des Ministers berichten. Es wird dann auch sofort Beschluss gefasst werden. In einer Sitzung gestern abend, bis 1 Uhr dauernde, hat die Innung vom Arbeitgeberverband verlangt, die Bewilligung des Tarifs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Verband hat es noch heute vor dem Gewerbegeklagten zu einer Sitzung kommen lassen, die abgebrochen wurde, um über die Haltung des Verkehrsministeriums sich zu informieren. Das Ministerium weiß nun, was es zu tun hat. Wenn es von vornherein richtig gehandelt hätte, wäre es zum Ausstand gar nicht gekommen. Wir bitten daher dringend, die begangenen Sünden so bald als möglich gut zu machen, von der Innung die Einhaltung der Vertragbedingungen zu fordern. Herr Minister handelt Sie und mittags 12 Uhr ist der Streit zu Ende. (Geschaftsleiter Welsf und bei den Sozialdemokraten.)

Verkehrsminister v. Fraendörfer: Wir hatten im allgemeinen davon gehört, daß die Forderung der neuen Tarife durch die Speditionsarbeiter in Aussicht stände, wir halten uns aber nicht für verunsichert, uns in derartige Dinge einzumischen. Ich bedauere nur eins: Dass es mir bis in die letzten Tage nicht bekannt war, daß die Laderinnung in einem formellen Vertragseröffnungsblatt zum Arbeitgeberverband steht. Hätte ich davon Kenntnis gehabt, daß die Laderinnung sich in ein solches Verhältnis eingelassen hat, so hätte ich den Vertrag mit der Laderinnung gekündigt. (Welsf bei den Sozialdemokraten.) Diesen Gesichtspunkt habe ich der Laderinnung gegenüber mit aller Deutlichkeit her vorgetragen, und ich habe ihr nahe gelegt, sich von dem Arbeitgeberverband loszunehmen. Waren mir die Dinge selber so bekannt gewesen wie jetzt, so hätte die Sache einen anderen Verlauf genommen. Mir ist dringend daran gelegen, daß der gegenwärtige Zustand ein Ende nimmt, und das schon im Interesse der Güterförderung. Der Arbeitgeberverband ist in der Lage, einen sehr starken Druck auf die Laderinnung auszuüben, da er von ihr eine Konventionalstrafe von 20,000 M. fordern kann. Ich werde von der Laderinnung mit allem Nachdruck fordern, daß sie sich vom Vertrag losmacht, den ich nicht dulden kann, weil die Laderinnung genügsam ein staatlicher Verband ist. Es ist mein ernster Wille, die Sache zu be seitigen, nicht bloß im Interesse des Speditionsarbeiter und der Arbeiter, die wir nach München bringen ließen, sondern auch im Interesse des allgemeinen Verkehrs, der ja weiter leidet würde, wenn die Verhältnisse fortdueren. Wenn die Transportarbeiter streiken und ich nicht andere Arbeiter heranziehe, so hungert München in drei Tagen (Hölterfeld bei den Sozialdemokraten) — ich bringe nichts herein und nichts hinaus. Der Herr Vorreiter darf überzeugt sein, daß ich die Stimmlung in den Kreisen der Arbeiter sehr wohl kenne. Daß ich die stattdurchsetzende Arbeitgeberseite für die Staatsregierung kontraktuell verpflichtet, die Arbeiter für die Staatsregierung auszuführen. Der bayerische Landtag hat im Jahre 1908 neuen Vorrichtungen für die Lieferung und Vergebung von Arbeiten für den Staat zugestimmt, in denen es heißt, daß auf Erfüllung des Vertrages durch den Unternehmer von der Staatsregierung geworben werden kann. Diese Vorrichtungen sind für alle Staatslieferungen und -Arbeiten in Kraft. Ein ähnlicher Vertrag muß doch auch bestehen zwischen dem Verkehrsministerium und der Laderinnung und dann hätte das Ministerium darauf dringen müssen, daß die Innung den Vertrag erfüllt und der Regierung gegenüber nicht kontraktwidrig wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Innung ist kontraktwidrig geworden, sie wurde nicht zur Erfüllung des Vertrages angehalten, im Gegenteil, man

sah aus dem ganzen Lande Eisenbahner zusammengeholzt, die Streikbrecherdiene vereinbart müssen, trotzdem die Innung 20.000 M. Konventionalstrafe im Neuen hat, wenn sie ihre Verpflichtung nicht erfüllt. Hätte die Regierung die Annahme bei den Ohren genommen, genauso hätte der Arbeitgeberverband nachgegeben und es wäre nicht zum Ausstand zu der schweren Schädigung weitester Kreise gekommen und es würde nicht das ganze Durcheinander in den Güterhallen sein, wie es heute ist. Die Innung wäre dem Ministerium sicher dankbar gewesen, wenn es auf Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen bestanden wäre (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), denn dann hätte die Innung dem Arbeitgeberverband sagen können: Wir sind vom Ministerium gewinnt, die vertraglichen Bestimmungen auszuführen, wir haben uns mit unseren Arbeitern geeinigt, Sie du, wie du mit der Sache fertig wirst! — Nun hat man aus allen Ecken und Enden des ganzen Bayernlandes Leute zusammengeholzt, ehrliche Eisenbahner, brave Bedienstete, zum großen Teil gut organisierte Arbeiter, die nun Streikbrecherdiene leisten müssen. Diese ehrlichen Menschen werden genungen zu einer nach ihrer Auffassung schuldigen Tatigkeit. Ungehoben und schändlich ist Streikbruch und Streikarbeit und es ist der schlimmste Terrorismus, der jemals vor gekommen ist, wenn die Staatsarbeiter durch die vorgesetzte Behörde gezwungen werden, entweder sofort drohtlos zu werden oder eine schändliche Arbeit zu vollziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Verkehrsministerium oder in der Eisenbahndirection hat man ancheinend selbst eingefehlt, daß die Sache nicht so glatt läßt, man hat dieleben zum Streitbruch angehaltenen Staatsbediensteten eine tägliche Zulage von 2,50 M. (Hört! hört!) zunächst einmal für die erste Woche gewährt, was dann werden soll, wird man sehen. 2,50 M. Zulage pro Tag an niedere Eisenbahndienstleute, wo man doch sonst so knauserig ist, auch nur 1 Mf. mehr zu zahlen! Man hatte wohl die Empfindung dafür gehabt, daß die Sache nicht mit rechten Dingen zugeht; ja, es ist ein förmliches Sindbenleben, das den armen Leuten in das Gesicht geworfen wird. Wer noch einen Funken sozialen Verständnis besitzt, muß gegen diese Haltung der Eisenbahndirektion, die vom Ministerium sanktioniert ist, energisch protestieren. Das tun wir hier! Und weil es nur von der Aussetzung des Ministers abhängt, ob heute mittag die ganzen Leute der Laderinnung antreten mit ihren Wagen und ihren Werkzeugen und sofort die Arbeit wieder aufnehmen, meine ich, ist es eine soziale Pflicht des Ministers, hier herzutreten und zu sagen: Gut, ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um den Frieden herzustellen und den Tarifabschluß zu fördern. Er kann es tun, wenn er von der Laderinnung verlangt, daß der Vertrag zu erfüllen ist. Wird das von der Innung verlangt, so wird sie froh sein, vor dem Arbeitgeberverband hinzutreten und sagen zu können: Ich bin verpflichtet, den Vertrag einzuhalten, die Sache ist zwischen uns fertig, seht ihr, wie ich mit dem Ministerium fertig werde! Ich denke, in dieser Form sollte die Antwort des Ministers gegeben werden und zwar umso mehr, als, wie ich annehme, sich einer der Herren auf der Tribüne unseres Hauses befindet, um die Antwort des Ministers zu hören. Er wird sofort zur Sitzung der Vorstandsschaft hingehen und über die Stellung des Ministers berichten. Es wird dann auch sofort Beschluss gefasst werden. In einer Sitzung gestern abend, bis 1 Uhr dauernde, hat die Innung vom Arbeitgeberverband verlangt, die Bewilligung des Tarifs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Verband hat es noch heute vor dem Gewerbegeklagten zu einer Sitzung kommen lassen, die abgebrochen wurde, um über die Haltung des Verkehrsministeriums sich zu informieren. Das Ministerium weiß nun, was es zu tun hat. Wenn es von vornherein richtig gehandelt hätte, wäre es zum Ausstand gar nicht gekommen. Wir bitten daher dringend, die begangenen Sünden so bald als möglich gut zu machen, von der Innung die Einhaltung der Vertragbedingungen zu fordern. Herr Minister handelt Sie und mittags 12 Uhr ist der Streit zu Ende. (Geschaftsleiter Welsf und bei den Sozialdemokraten.)

Verkehrsminister v. Fraendörfer: Wir hatten im allgemeinen davon gehört, daß die Forderung der neuen Tarife durch die Speditionsarbeiter in Aussicht stände, wir halten uns aber nicht für verunsichert, uns in derartige Dinge einzumischen. Ich bedauere nur eins: Dass es mir bis in die letzten Tage nicht bekannt war, daß die Laderinnung in einem formellen Vertragseröffnungsblatt zum Arbeitgeberverband steht. Hätte ich davon Kenntnis gehabt, daß die Laderinnung sich in ein solches Verhältnis eingelassen hat, so hätte ich den Vertrag mit der Laderinnung gekündigt. (Welsf bei den Sozialdemokraten.) Diesen Gesichtspunkt habe ich der Laderinnung gegenüber mit aller Deutlichkeit her vorgetragen, und ich habe ihr nahe gelegt, sich von dem Arbeitgeberverband loszunehmen. Waren mir die Dinge selber so bekannt gewesen wie jetzt, so hätte die Sache einen anderen Verlauf genommen. Mir ist dringend daran gelegen, daß der gegenwärtige Zustand ein Ende nimmt, und das schon im Interesse der Güterförderung. Der Arbeitgeberverband ist in der Lage, einen sehr starken Druck auf die Laderinnung auszuüben, da er von ihr eine Konventionalstrafe von 20,000 M. fordern kann. Ich werde von der Laderinnung mit allem Nachdruck fordern, daß sie sich vom Vertrag losmacht, den ich nicht dulden kann, weil die Laderinnung genügsam ein staatlicher Verband ist. Es ist mein ernster Wille, die Sache zu be seitigen, nicht bloß im Interesse des Speditionsarbeiter und der Arbeiter, die wir nach München bringen ließen, sondern auch im Interesse des allgemeinen Verkehrs, der ja weiter leidet, wenn die Verhältnisse fortdueren. Wenn die Transportarbeiter streiken und ich nicht andere Arbeiter heranziehe, so hungert München in drei Tagen (Hölterfeld bei den Sozialdemokraten) — ich bringe nichts herein und nichts hinaus. Der Herr Vorreiter darf überzeugt sein, daß ich die Stimmlung in den Kreisen der Arbeiter sehr wohl kenne. Daß ich die stattdurchsetzende Arbeitgeberseite für die Staatsregierung kontraktuell verpflichtet, die Arbeiter für die Staatsregierung auszuführen. Der bayerische Landtag hat im Jahre 1908 neuen Vorrichtungen für die Lieferung und Vergebung von Arbeiten für den Staat zugestimmt, in denen es heißt, daß auf Erfüllung des Vertrages durch den Unternehmer von der Staatsregierung geworben werden kann. Diese Vorrichtungen sind für alle Staatslieferungen und -Arbeiten in Kraft. Ein ähnlicher Vertrag muß doch auch bestehen zwischen dem Verkehrsministerium und der Laderinnung und dann hätte das Ministerium darauf dringen müssen, daß die Innung den Vertrag erfüllt und der Regierung gegenüber nicht kontraktwidrig wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Innung ist kontraktwidrig geworden, sie wurde nicht zur Erfüllung des Vertrages angehalten, im Gegenteil, man

mir ungesympathisch, daß ich den Arbeitern zunutzen mußte, auszuholen, aber das öffentliche Interesse, das in so hohem Grade beteiligt ist, geht schließlich doch dem Privateinteresse von ein paar Hundert Speditionsarbeitern vor.

#### Schneller Erfolg!

Als der Minister gesprochen hatte, erhob sich auf der Tafelauftafel eine Menge, der mit Spannung den Worten des Ministers gelauft hatte; er eilte den Ausgang zu und schickte einen Brief durch einen Dienen aus Gewerbegegerter. Dieser Brief enthielt die Mitteilung, daß die Laderinnung die Forderung der Arbeiterorganisation bewillige.

Um 12 Uhr hatte der Minister auf die Angriffe des sozialdemokratischen Redners geantwortet, um 1 Uhr kam die schriftliche Erklärung an das Münchener Gewerbegegerb, daß die Laderinnung den Arbeitern anerkenne und um 2 Uhr war die Mehrzahl der ausländigen Speditionsarbeiter schon wieder an der Arbeit. Heute früh war die gesamte Arbeiterchaft dieses Betriebes tätig. Außerdem sind dann am Gewerbegegerb weitere Tarife zwischen dem Transportarbeiter-Verband und den übrigen Speditions-geschäften abgeschlossen worden.

Anerkennung verdienen dabei sowohl das Gewerbegegerb, dessen Vorsitzender Dr. Premer sich um das Zu-laufkommen einer Einigung unablässig bemüht hat, wie auch der Verkehrsminister, dessen Antwort so entgegengesommend war, wie es nach der von seinen Räten ver-schafften Sache noch möglich blieb.

Dem Verkehrsministerium wie der Laderinnung wird aber wohl auch ein Stein vom Herzen gefallen sein, daß der Ausland so rasch beendet war, denn die Lage wurde schon sehr kritisch. Trotz aller triumphalistischen Versuche der Verkehrsverwaltung, mit eigenen Kräften die Güterbeförderung zu besorgen, war die Stauung bereits so groß geworden, daß die Münchener Eisenbahndirektion folgende Bekanntmachung erlassen mußte:

"Vom heute (3. Oktober) ab bis einschl. Samstag, 5. Oktober ist infolge des Streiks der Speditionsarbeiter eingestellt. Güter, Wälder des Gültigkeitszeitrafs und Wagenaufnahmen werden angenommen. Bereits ausgegebene Güter werden noch befördert."

Noch ein Tag länger und auch die Güterbeförderung hätte aufhören müssen!

Die Arbeiterschaft war sich der ungeheuren Tragweite dieser Zustände klar, sie drängte deswegen so entschieden auf einen raschen und ehrlichen Friedensschluß. Der Arbeiterverband, der offenbar Einfluß auf die sozial-politischen Berater im Verkehrsministerium ausübt, aber feiste mit seinen Hegeren freihafst das Interesse der Bevölkerung aufs Spiel. In welcher läppischen und leichtfertigen Auffassung die Scharfmacher dieser Sorte befangen sind, das geht direkt aus der Bemerkung hervor, die ihr "vornehmstes" Organ, die "überalte" Augsburger Abendzeitung, an die bekannte amtliche Erklärung des Verkehrs-ministeriums knüpft. Da hieß es:

"So weit die amtliche Erklärung. Ihrer Urheberin, einer Behörde des Verkehrsministeriums, welche soeben den Fall Rosshaupter in der bekannten Weise entschieden hat, einen gegen streikende Arbeitnehmer gerichteten Schritt zuzutun, ist schon eine große Rührung, die sich über völlig unangängig aus der Tatfrage erklärt, daß der Appetit beim Essen kommt. Die Sozialdemokratie hat mit Hilfe der bürgerlichen Sozialisten mit ihrer höchst konsequenter Einschließungspolitik schon alle Welt so zum Zurückweichen gebracht, daß sie immer wieder dieses System anwendet. Das die Sozialdemokratie mit ihren dreisten Forderungen auch in diesem Spezialfall auftritt und verlangt, daß die weiteren Kreise, die der Streit nicht das geringste angeht, auch noch durch vorbildliche Maßnahmen in Mitteleinschiff gezogen werden sollten, das zeigt nur wieder einmal, wie weit es nachhergekommen ist. Auf einen Wink dieser Herren, die sich in ihren Konventen über die Haftnugierigkeit der Bürgerlichen und der Behörden ins Fausthauen laden, soll die Münchener Eisenbahndirektion den ganzen Güterverkehr stilllegen! Man probiert's immer wieder mit dieser Dreistigkeit, weil man so viele Erfolge damit hat!"

Hätte die Sozialdemokratie Einschließungspolitik treiben oder die Bevölkerung für die schändige Aus-hungerungspolitik des Arbeitgeberverbandes büßen lassen wollen, der schließlich doch nur beabsichtigte, die Laderinnung zu verdrängen, dann hätte sie den Streit laufen lassen. Nach kaum drei Tagen hätte die ganze Münchener Garnison mit dem besten Streitbewußtsein die Stockung des Güterverkehrs und die eingerissene Konfusion nicht mehr befehligen können. Und wir sind sicher, diese Probe negativer Sozialpolitik wird eine so harte Lehre für den Scharfmacherverband sein, daß ihm das magere Vergnügen, sich heftig auszuhinzen, leicht gegönnt werden kann.

So sind denn die Scharfmacher ganz gründlich hineingefallen, was wir ihnen herzlich gönnen. Sie glaubten schon, ihre Dämme wachsen in den Himmel und seht müssen sie sehen, daß sie doch noch nicht die autokratischen Alleinherrcher in Augen sind. Wir haben aber aus dieser Bewegung wieder gelernt, daß es als Kräfte anzuspielen gilt, wenn wir über dies struppelige Scharfmachertum, diese gewerkschaftigen Ausländer Sieger bleiben wollen.

#### Tarifabschluß für die Kutscher und Hilfsarbeiter in den Fräserei-, Hobel- und Schneidemühl-Betrieben zu Berlin.

Unserer Verwaltung Berlin II ist es gelungen, nach längeren mühevollen Verhandlungen mit dem Verein der Fräsereiwerker und verwandter Gewerbe zu Berlin für die Kutscher und Hilfsarbeiter, welche in diesen Gewerben beschäftigt sind, einen corporativen Lohnvertrag abzuschließen.

Durch diesen Vertrag sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Frage kommenden Kollegen wesentlich verbessert, und was so erfreulicher ist, zum erstenmale einheitlich geregelt worden.

Wir lassen den Vertrag hier zunächst folgen.

#### Tarifvertrag.

zwischen dem "Verein der Fräsereiwerker und verwandter Gewerbe für Berlin u. Umg." vertreten durch seinen Vorstand einerseits, und dem "Deutschen Transportarbeiter-Verband", vertreten durch die Verwaltung 2, Berlin, andererseits, wird heute für die in diesem Gewerbe beschäftigten Kutscher und Hilfsarbeiter nachstehender Lohnvertrag vereinbart:

#### A. Regelung des Lohnes für Kutscher.

1. Der Anfangslohn für Kutscher, welche nachweislich schon in Fabrikbetrieben etc. beschäftigt waren und mit den vorkommenden Arbeiten vertraut sind, beträgt 28,50 M. pro Woche. etwaige Einnahme durch Verkauf von Schnell auf den Kutschern bei der Lohnzahlung nicht in Rechnung gebracht werden. Der obige Lohnsatz gilt als Minimalsatz;

die Erhöhung deselben unterliegt der gegenwärtigen freien Preisbildung.

2. Kutscher, welche noch nicht in der Branche tätig waren, erhalten einen Anfangslohn von 24,50 M. pro Woche. Dieser Lohn erhöht sich nach einer Beschäftigungsduer von 3 Monaten auf 25,50 M., nach weiteren 3 Monaten auf 26,50 M. und nach weiteren 6 Monaten auf 28,50 M. pro Woche.

3. Für das Füllern der Pferde am Sonntag-nachmittag erhält der Kutscher eine Vergütung von 50 Pf. In Betrieben, wo mehrere Kutscher beschäftigt sind, soll diese Arbeit abwechselnd bewerkstelligt werden.

#### B. Regelung des Lohnes für Arbeiter.

1. Der Anfangslohn für jugendliche Arbeiter, Mägler etc. beträgt pro Woche bei einem Alter von 17 Jahren 17 M., 18 Jahren 18 M., 19 Jahren 19 M., 20 Jahren 20 M., 21 Jahren 21 M.

2. Arbeiter, über 22 Jahre alt, erhalten einen Anfangslohn von 24 M. pro Woche. Bezüglich der Erhöhung dieser Löhne steht das zu 1 bei den Kutschern gleich und bei den Hilfsarbeitern entsprechende Anwendung.

#### C. Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt des Morgens 6 resp. 6½ Uhr. Die Touren der Kutscher sind so zu regeln, daß die Beendigung der Arbeit des Abends zwischen 6 bis 7 Uhr erfolgen kann. Die Mittagspause für Kutscher reicht sich nach der Fabrikpause.

2. Die tägliche Arbeitszeit für die Arbeiter regelt sich nach der für Maschinenarbeiter, mit der Maßgabe, daß dieseljenigen Arbeiter, welche die Räumten und Reinigungen der Werkstätten zu besorgen haben, gehalten sind, diese Arbeit bis 7 Uhr abends zu bewerkstelligen. Die Pausen regeln sich ebenfalls nach den Fabrikpausen. Überlinden werden den Arbeitern nach 7 Uhr abends mit einem Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde vergütet.

#### D. Allgemeine Bestimmungen.

1. In Betrieben, wo zurzeit, bei Abschluß dieses Vertrages, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, dürfen dieselben nicht verschlechtert werden.

2. Zu Arbeiten, die nicht Sach des Kutschers sind, wie innere Betriebsarbeiten, Privatschulzen etc., darf dieser an Sonn- und Feiertagen nicht herangezogen werden bzw. muß diese Arbeit pro Stunde mit 75 Pf. vergütet werden; dasselbe gilt auch für eventuelle Leistung von Privatschulzen für den Arbeiter nach Feierabend.

3. Keiner Kutscher ist verpflichtet, einmal in der Woche seinen Wagen und die Geschirre für die Pferde zu reinigen. In den Sonnemonaten (vom 1. April bis 1. Oktober) soll diese Arbeit in der Woche, möglichst des Sonnabends, bewerkstelligt werden. Falls in den Wintermonaten der Geschäftsbetrieb oder die Witterungsverhältnisse die Möglichkeit zum Reinigen der Wagen und Geschirre in der Woche nicht zuläßt, soll diese Tätigkeit des Sonntags, vormittags, verrichtet werden, mit der Maßgabe, daß dieselbe bis 10 Uhr vormittags beendet sein muß.

4. Sowohl der "Deutsche Transportarbeiter-Verband, Verwaltung 2, Berlin", sowie der "Vorstand des Vereins der Fräsereiwerker und verwandter Gewerbe für Berlin und Umg." ist verpflichtet, mit allen ihnen gehörlich zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen dieses Vertrages bei allen in Betrieb kommenden Firmen uneingeschränkt zur Durchführung gelangen.

5. Zur Vermeidung von Arbeitsunstetigkeiten und Aussperrungen während der Vertragsdauer, sowie zur Regelung von Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Vertragsbestimmungen, wird nach Annahme dieses Vertrages innerhalb 14 Tagen eine paritätische Schlichtungskommission gebildet, welche unter der Leitung eines unparteiischen Vorstehenden zu tagen hat. Die Ernennung des Vorstehenden erfolgt durch Majoritätsentscheid der Kommission und muß derselbe aus den Reihen der vertragsschließenden Parteien entnommen werden.

6. Bei vorliegenden Balancen ist der Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engel-Ufer 15, zunächst zu berücksichtigen.

7. Maßregelungen wegen der Durchführung dieses Vertrages finden nicht statt.

Dieser Vertrag gilt vom 1. Oktober 1907 bis 15. Januar 1910 und gilt jedesmal auf ein Jahr verlängert, falls er nicht bis 30. November vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Berlin, den 28. September 1907.

Verein der Fräsereiwerker und verwandter Gewerbe zu Berlin:

E. Kühlne. August Haberer.  
Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin 2:

Christian Meuer. Albert Ulrich.

Vorher bestand kein Tarifvertrag für die Kutscher und Hilfsarbeiter dieser Branche. Daß dies noch nicht der Fall war, ist daraus zu schließen, daß die Kollegen, welche zum weitaus größten Teil in kleinen Betrieben beschäftigt sind, noch immer nicht den Mut gefunden hatten, Forderungen zu stellen, durch welche eine einheitliche Entlohnung erzielt werden sollte. Noch ein anderer Umstand trug wesentlich mit dazu bei, daß auf eine tarifliche Abmachung weniger Wert gelegt wurde, und zwar der, daß viele Kollegen, obgleich sie dem Verbund seit Jahren angehören, der Meinung waren, daß an dem sogenannten "paritätischen Verhältnis", wie es tatsächlich noch in einigen Betrieben bis vor kurzer Zeit bestand, nichts zu ändern wäre. Aber auch diese Kollegen nutzten mit der Zeit einschein lernen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in der Neuzeit anders gestalten. Die Organisation unter den Kollegen setzte in den Jahren 1903 bis 1904 ein. Die Entlohnung sollte zu einer Zeit jeder Beschreibung, 18 - höchstens 24 M. Wochentlohn waren ganz und gäbe.

Dass die Kollegen mit derartig niedrigen Löhnen nicht auszukommen vermöchten, ist erklärlich, und so mußte denn mit allen Mitteln noch ein Nebenverdienst geschaffen werden. Dieser bot sich den Kutschern durch den Verkauf von Schnell (Sägespäne). Dieser Verkauf brachte aber tatsächlich nur den Unternehmern einen Vorteil. Diese sparten nicht nur am Lohn für den Kutscher, sondern auch noch an weiteren Arbeitskräften zum Ausfüllen der Leere im Werkstätten. Die Dinge lagen so: Der Kutscher mußte des Abends sobald er mit seiner Tour fertig war, die Werkstatt austürmen, den Schnell zusammenlegen und aussieben und ihn dann in Säcke füllen, welche er sich auf seine Kosten halten mußte. Diese Beschäftigung dauerte meistens bis 10 und 11 Uhr des Abends. Der Sonntag vormittag mußte den Kutschern dazu dienen, den ganzen in der Woche angesammelten Schnell an die Schäflemeister und ähnliche Geschäfte, welche in dieser Zeitzeit die Kundshaft der Kutschern waren, zu verkaufen. Das Abschaffen und Verkaufen des Schnells nahm dann auch die Tätigkeit der Kutschern bis in den späteren Sonntag nachmittag in Anspruch.

Nachdem sich die Kollegen dem Verbunde angegeschlossen hatten, erkannten sie recht bald, daß diese Missstände aus der Welt gefasst werden müssten. Im Jahre 1904 wurden in einer ganzen Reihe von Betrieben, wo sich die Kollegen stark genug fühlen, Forderungen auf Lohnhöhung und Abschaffung des oben erwähnten Missstandes gestellt. Bei dieser Bewegung gelang es in einer ganzen Anzahl von Betrieben, besonders im nördlichen und östlichen Teil der Stadt, nicht nur eine Lohnhöhung zu erzielen, sondern auch den Verkauf des Schnells durch die Kutschern aus der Welt zu schaffen. Dort, wo die Kollegen zu zahlt oder auch den Mut nicht hatten, an ihre Arbeitgeber heranzutreten, wurde an den beklebten Verhältnissen wenig oder gar nichts getan. Zum Beispiel tat dies die Kollegen, welche in den Betrieben des südöstlichen Teils der Stadt beschäftigt waren.

Im Herbst 1905 schloß dann übermäßig eine vorstellige Lohnbewegung ein, hauptsächlich zu dem Zweck, daß bei den zurückgebüroten Betrieben die Forderung auf Einführung eines Lohnes von 27 M. durchgeführt werden sollte. Dieser Lohn war im Norden und Osten der Stadt, wie erwähnt, bereits erreicht worden. Diese Bewegung verlief sehr günstig. Es wurden Lohnzulagen von 1,50 bis 3 M. pro Woche erzielt. Die Einführung einer einheitlichen Entlohnung war aber auch bei dieser Bewegung noch nicht erzielt worden. Später gingen dann durch den Wechsel von Stellen usw. in manchen Betrieben die ersten Lohnverbesserungen wieder verloren. Dies kommt wir besonders durch eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kutschern und Hilfsarbeiter feststellen, welche wir im Frühjahr dieses Jahres aufgenommen haben, und über deren Ergebnis wir bereits im "Courier" Nr. 15 berichtet haben. Der durchschnittliche Lohn betrug hier nach für Kutscher nur noch 28 M. pro Woche.

Der Gedanke an eine Lohnbewegung hatte denn auch schon seit längerer Zeit bei den Kollegen festgehalten. Schön als die gelehrten Holzarbeiter im November 1906 in ihre Lohnbewegung einztraten, bestand die Absicht unter den Kutschern, sich dieser Bewegung anzuschließen, sie glaubten, auf diesem Wege über ein Vertragsverhältnis gelangen zu können. Von diesem Schritte mußte damals aber der Vorsitz des Verbundes abraten, und zwar aus dem Grunde, daß eine allgemeine Aussperrung plazieren könnte, wodurch die Kutschern dann in Mittelschiffen gezogen würden, aber dadurch schließlich doch nicht die Gewähr hätte, daß ihre etwa gestellten Forderungen anerkannt würden.

Die Aussperrung ist denn auch in Wirklichkeit vor sich gegangen, aber die Kutschern blieben mit sehr wenigen Ausnahmen von derselben unberührt.

Nachdem die Aussperrung in der Holzindustrie im Mai durch Vergleich beigelegt worden war, schritten die Kollegen Fräulein sofort wieder aufs Neue zur Durchführung ihrer geplanten Lohnbewegung.

Am 27. Juni beschloßt sich eine gut besetzte Versammlung der Kollegen mit der Frage: Aber auch diesmal stellten sich zur Durchführung der Bewegung noch Hindernisse in den Weg. Die Aussperrung der Zimmerleute und Maurer lärmte zur Zeit das ganze Gewerbeleben Berlins. Aus diesem Grunde beschloß die Verfassung, alle Vorbereitungen zur Durchführung der Bewegung zu treffen, aber mit der Einredung der Forderungen noch 4 bis 6 Wochen zu warten, bis Klarheit über den Ausgang der Bauarbeiter-Aussperrung geschaffen sei.

Auch diesmal war wiederum die Mehrzahl der Kollegen für eine partielle Lohnbewegung. Es sollten in allen denjenigen Betrieben, wo die Kollegen sich stark genug fühlen, ihrem Unternehmer Zugeständnisse abringen zu können, eine 5 prozentige Lohnzulage verlangt werden. Diese Forderung entsprach dem Zugeständnis, welches die Holz-

industriellen den Holzarbeitern bei Aushebung der Aussperrung gemacht hatten. Die eingeführte Lohnkommission erwog trotz dieses Beschlusses dennoch den Gedanken, ob es nicht praktisch richtiger wäre, den Versuch auf Abschluss eines corporativen Lohnvertrages mit den Unternehmen zu machen. Zur Erledigung dieses Zweckes legte die Kommission der nächsten Versammlung einen Tarifentwurf vor, welcher denn auch allseitig angenommen wurde. Der Entwurf enthielt im wesentlichen folgende Forderungen: Das Anfangslohn für gelebte Fräselufsther soll 30 Ml. betragen, und innerhalb zweijähriger Tätigkeit auf 33 Ml. steigen. Kutscher, welche noch nicht in dieser Branche gefahren haben, sollten 28 Ml. Anfangslohn erhalten. Für das Führen der Pferde am Sonntag Nachmittag sollte der Kutscher 150 Ml. vergütigt werden. Für jugendliche Mitarbeiter und Arbeiter waren je nach dem Alter 18 bis 20 Ml., und für ältere Arbeiter 28 Ml. Anfangslöhne vorgesehen worden. Bezahlung von Überstunden, sowie eine Regelung des § 616 des B. G. und Anerkennung des Arbeitsnachweises unseres Verbandes. Ferner wurde nochmals die Forderung auf Abschaffung des Verlaufs des Schnocks gestellt, weil dieser Missstand zur Zeit noch in einigen Betrieben bestand.

Diese Forderungen wurden dem Verein der Fräselufsther am 2. August eingereicht mit dem Gründen, darüber mit unserem Verbande in Verhandlungen einzutreten. Der Vorstand des Vereins leitete uns bereits zwei Tage nach Einsendung der Forderungen mit, daß er die Wünsche der Kutscher den Mitgliedern seiner Organisation zur Kenntnisnahme unterbreiten werde, jedoch müßten die eventuell erforderlichen Verhandlungen noch auf einige Zeit verschoben werden, weil die zur Zeit noch mit dem Holzarbeiterverband schwebenden Verhandlungen zwecks Vereinbarung eines Vertrages mit den Maschinenarbeitern noch nicht völlig zu Ende geführt seien.

Aus diesem Grunde verzögerte sich die Angelegenheit bis Ende August. Am 27. August fand die erste Verhandlung mit dem Vorstand des Vereins der Arbeitgeber statt, welcher dann mit 5 weiteren Sitzungen folgten. Die Verhandlungen selbst gestalteten sich sehr schwierig. Die Arbeitgeber waren anfangs nicht geneigt, nennenswerte Zugeständnisse zu machen. Stellebiet hatte der Umstand, daß die Herren mit ihrem Verein dem Verbande der Holzindustriellen angegeschlossen sind, und die kaum erst beendete Aussperrung in der Holzindustrie den Fräselufsthern das Rückgrat gestärkt. Aber dennoch gelang es durch ruhige und überlegte sachliche Verhandlungen die Arbeitgeber zu überzeugen, daß eine einheitliche Regelung der Lohnverhältnisse nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für das Gewerbe von Vorteil ist.

Wenn uns nun, was wir gerne zugeben, der Vertrag nicht alles das gebracht hat, was wir gewünscht haben, so bringt er aber doch in mancher Beziehung für die Gesamtheit dieser Kollegen nennenswerte Vorteile. Vor der Bewegung betrug der durchschnittliche Lohn bei den 46 in Frage kommenden Betrieben, mit 188 Kutschern und 48 Arbeitern, für Kutscher 26 Ml., für Arbeiter sogar nur 22,80 Ml. Da der Anfangslohn jetzt über 28,60 Ml. beträgt, so kommt, wenn wir den Lohn für die Kollegen, welche jetzt schon 29–30 Ml. beziehen, mit hinzurechnen, ein weitaus höherer Durchschnittslohn aufzudecken. Die Verbesserung des Lohnes beträgt denn auch für die Kollegen in vielen Betrieben 1–8 Ml. pro Woche. Laut unserer Statistik waren im Juli noch 28 Betriebe mit 88 Kutschern vorhanden, den Löhnen von 24–27 Ml. zahlten.

Ietzt, nachdem der Tarif besteht, laufen also die Kutscher nicht mehr Gefahr, wenn sie nach Jahrzehntlangem Beschäftigung in die Lage kommen ihre Stellung wegfallen zu müssen, daß sie unter Umständen, wie es bisher so oft der Fall war, zu einem geringeren Lohn wieder in Arbeit treten müssen. Heute wissen die Kutscher, welche Lohn sie zu beanspruchen haben. Bezüglich der Festlegung der Löhne für die Holzarbeiter hatte die Lohnkommission einen sehr schweren Standpunkt; erstens wollten die Arbeitgeber, wenigstens ein großer Teil von ihnen, von einer Regelung der Löhne für die jugendlichen Arbeiter, welche in den Betrieben als Mitschüler resp. Abnehmer beschäftigt werden, durchaus nichts wissen, andernteils wurde ins bezüglich der älteren Arbeiter vorgehalten, daß die großen Holzfirmen ihren Lagerarbeiter auch nur sehr geringe Löhne zahlten. Dennoch ist es auch durch gelungen, eine annehmbare Regelung einzuführen.

Bezüglich der Löhne, welche für branchenunkundige Kutscher festgelegt worden sind, ist noch zu bemerken, daß der Anfangslohn hier etwas zu niedrig bemessen erscheint. Es muß aber in Betracht gezogen werden, daß es sich bei der Einführung derartiger Kutscher gemeinsam noch um jüngere Kollegen handelt, welche eine gewisse Zeit gebrauchen, ehe sie sich in der Branche resp. die Fachkenntnis der bearbeiteten Holzgegenstände angeeignet haben.

Die Unternehmer trachten daher bei Einführung von Kutschern in aller erster Linie danach, sachkundige Kutscher zu bekommen. Bei der Verhandlung wurde sogar von einigen Herren erklärt, daß ein sachkundiger Fräselufsther Gold wert sei.

Aus diesem Grunde haben die Herren auch weiter zu, daß sie nicht auf dem Standpunkt ständen, daß der Anfangslohn von 28,60 Ml. als dauernder Lohn bei längerer Beschäftigung gelten sollte, sondern daß die Erhöhung hierüber hinaus sich nach der Leistungsfähigkeit richten müsse. Dass das letzte zutreffe, geht daraus hervor, daß schon heute bei einer ganzen Anzahl von Firmen Löhne bis zu 30 Ml. für beratige Kutscher bezahlt werden. Die statthaftweise Erhöhung des Lohnes nach längerer Beschäftigungsduer, wie sie die Kutscher durchaus gerne festgelegt wissen wollten, wurde auch noch aus dem Grunde nicht akzeptiert, weil man den Holzarbeitern in ihrem Vertrage höhere Lohnzuschläge auch nur der gegenwärtigen freien Vereinbarung überlassen habe.

In den Kollegen wird es nun liegen, daß sie alles daran setzen, diesen ersten Vertrag in allen seinen Punkten richtig zu bewerten, wenn dies geschieht, dann wird es möglich sein, bei späterer Gelegenheit etwas Besseres zu schaffen, so daß dann möglichst allen Wünschen der Kollegen-Gesellschaft Rechnung getragen werden kann. Um dies erreichen zu können, erwünscht allen Kollegen die Aufgabe, nicht nur

im Betriebe ihre Pflicht zu erfüllen, sondern auch dem Verbande gegenüber. Die gute Organisation muß dauernd aufrecht erhalten werden. Nur auf diesem Wege wird es uns gelingen, das, was wir jetzt noch nicht erreicht haben, später nachholen zu können.

## Der Streik bei der Firma A. Jandorf und dem Kaufhaus des Westens.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin I, Verein Berliner Hausdiener, hatte den mit obiger Firma abgeschlossenen Tarif per 30. September gekündigt. Als Antwort belannten wir am 11. 9. 07 nachstehendes Schreiben:

Verein Berliner Hausdiener.

Da Sie den bisher zwischen Ihrer Organisation und unserer Firma bestehenden Tarif per Ultimo dieses Monats gekündigt haben, erwarben wir Ihre ges. Mitteilung, ob Sie auf Schließung eines neuen Tarifes Wert legen. — In leichterem Falle erwarten wir Verlegung desselben noch in diesen Tagen, damit wir unsere Maßnahmen treffen können. — Sind wir bis zum 16. 9. Ml. ohne Ihre werte Aufführung mit Belastung eines evtl. neuen Tarifentwurfs, nehmen wir an, daß Sie darauf Verzicht leisten.

Hochachtend

A. Jandorf u. Co.

Wir haben uns daher veranlaßt, den von den Beratungsleuten durchbereiteten Tarifentwurf mit Belegschaften der Firma zu übersenden.

Früher als wir erwartet hatten, traf daraufhin folgendes vom 13. 9. Ml. datteries Schriftstück am 14. bei uns ein:

Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I.

Besten Dank für Ihren Empfang Ihres ges. Schreibens mit belegfertigem Tarifentwurf und erwarteten Ihnen ges. Besuch am Montag, den 16. 9. Ml. nachmittags 4½ Uhr bei unserem Herrn Kinski.

In Absicht auf die knapp bemessene Zeit, welche noch vorhanden ist, rechnen wir darauf, daß die Verhandlungen möglichst beschleunigt werden.

Unsere beiden Verbandswohlmeintigen nahmen nunmehr Verhandlung, mit dem spirituelleren Herrn Kinski in Unterhandlung einzutreten.

In dieser gewissermaßen zwanglosen Unterhandlung gewannen wir den Einbruck, daß wenn die Firma geneigt zu sein schien, in bezug auf Lohnverhältnisse einige Zugeständnisse zu machen.

Im Punkt Arbeitszeit-Berücksichtigung glaubte die Firma jedoch, auf dem alten verhinderten Standpunkt verharren zu müssen, eine Erwiderung, die von allen Unternehmern, gleichviel welcher Art, der Arbeiterschaft zur Genüge bekannt ist. Eine gründliche Durchberatung der einzelnen Positionen stand alsdann einige Tage später im Besitze des Verbands-Sekretärs statt.

Nach alra schriftlicher erstster Verhandlung zeigte es sich gar zu deutlich, daß von dem eingeredeten Tarifentwurf wenig oder gar nichts übrig blieb; es hatten sicherlich schon die Scharfschützen des Verbandes der Deutschen Waren- und Kaufhäuser, sowie die Oberförsterschäfer des in diesem Jahre neugegründeten Zentralverbandes deutscher Arbeitgeber und den Transport- und ähnlichen Gewerben die Hand mit im Spiele. Unsere Vermutung wurde umso mehr bestärkt, als die Firma A. Jandorf u. Co. die Dreistelligkeit besaß, einen neuen Entwurf uns vorzulegen, in welchem nicht nur einige Abmachungen ganz fehlten, sondern sogar etwas mit hineingeschmissen worden war, das bis dato einzig in seiner Art dasteht.

Wie herausfordernd und provozierend die Firma vorging, beweist nachstehender neuer Vertrag, welcher uns mit einem Belegschaftsschreiben vom 20. September zuging:

Zwischen der Firma A. Jandorf u. Co. und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin I, wird für die bei obiger Firma beschäftigten Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner und Portiers der nachstehende Tarifvertrag vereinbart.

### a) Regelung des Lohnes.

Es erhalten Hausdiener ic. im Alter von 20 bis 22 Jahren 22 Ml., über 23 Jahre 25 Ml., verheiratete Diener unter 23 Jahren 23 Ml.

Jeder Diener ic. unter 23 Jahren erhält pro Jahr 1 Ml. Zulage, bis er mit dem 23. Jahre den Anfangslohn von 25 Ml. hat.

Jeder Diener über 23 Jahre erhält nach einem halben Jahre eine Zulage von 1 Ml. und nach Ablauf je eines weiteren Jahres 1,50 Ml. pro Woche bis zum Ablauf dieses Tarifes.

### b) Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit dauert von 7 Uhr 40 Minuten früh bis abends 9 Uhr ins. einer Mittags- und Werkpause von je 15 Minuten und einer zwölfstündigen Mittagspause.

2. Überstunden, sobald solche notwendig sind, werden mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt, hierbei zählt jedoch die erste Viertelstunde nur mit, wenn diese überschritten wird.

3. Falls ein Diener ic. am Mittag durcharbeiten muß, so ist demselben 1 Ml. Eisgeld zu zahlen mit gleichzeitiger Bezahlung der Überstunden.

4. Für Arbeitsleistungen an Sonn- und Festtagen, soweit solche gesetzlich zulässig sind, und für die alljährlich wiederkehrenden Inventurarbeiten findet eine Bezahlung nicht statt.

5. Die zur Sonntagswache bestimmten Diener erhalten für diese eine Vergütung von 1,50 Ml. für

### c) Kündigungsfrist.

Jedem der Diener ic. wird nach vierjähriger Tätigkeit eine 7 tägige Kündigungsfrist zugestellt.

#### d) Urlaub.

Sämtlichen Dienern ic. wird jedes Jahr ein Sommerurlaub erteilt und zwar nach halbjährlicher Tätigkeit 3 Tage, einjähriger Tätigkeit 1 Woche, nach zweijähriger Tätigkeit 10 Tage, nach dreijähriger Tätigkeit zwei Wochen.

#### e) Allgemeines.

1. Diener ic. welche mindestens ½ Jahr im Jahre tätig und infolge von Krankheit erwerbsunfähig geworden sind, erhalten bis zur Dauer von 14 Tagen einen Zufluss zum Rentenzettel bis zur Höhe ihres Lohnsatzes. Diese Vergütung tritt jedoch nicht ein, falls ein Diener ic. erst nach einer ev. erfolgten Kündigung krank bzw. erwerbsunfähig wird.

2. Bei Neuwahlungen von Arbeitskräften ist möglichst der Arbeitsnachweis der oben bezeichneten Organisation zu benutzen.

3. Diener, welche Ihre Tätigkeit ohne vorausgegangene Kündigung und ohne gesetzlichen Grund plausibel einstellen, oder die Arbeit ohne gesetzlichen Grund verfolgen, sind zur Zahlung einer sofort fälligen Konventionalstrafe von 101 Ml. verpflichtet. In derartigen Fällen ist die Firma A. Jandorf u. Co. an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden.

Dieser Tarif tritt am 1. Okt. 1907 in Kraft und endet mit dem 30. September 1910.

Verein Berliner Hausdiener.

Zuliegend erhalten Sie den Tarifentwurf, doch bedauern wir, Ihren Vorschlag, die Höhe der Bezahlung der Belegschaft zu erhöhen, nicht als geeignet, um eine weitere Miete zu erhöhen, nicht akzeptieren zu können.

Ferner können wir eine Bezahlung der Überstunden mit 60 Pf. pro Stunde nicht genehmigen.

Ferner haben wir unter "Allgemeines" Punkt 3 eingeschaltet, damit wir Ihreseits eine Gewährleistung beibehalten, daß Ihre Mitarbeiter zur Sicherhaltung des Tarifes angehalten werden und verpflichtet sind.

Wir erwarten Ihren ges. Bescheid bis spätestens Dienstag vormittag, um alsdann unsere Maßnahmen treffen zu können.

Bemerken müssen wir, daß der Abs. 3, unter e) Allgemeines nicht Gegenstand der Beratungen war, sondern ganz willkürlich von der Firma hineingelegt ist. — In der am 23. September stattgefundenen Versammlung des Dienstpersonals wurde folgender Vertrag gefasst und der Firma am 24. übermittelt.

Berlin, den 24. September 1907.  
Warenhaus A. Jandorf u. Co. Berlin, Welle  
Allianzstr.

Unter höchstiger Bezugnahme des und unterm 20. September d. J. zugegangenen Tarifvertrages nebst Belegschaftsschreiben, stellen wir Ihnen ergeben folgendes mit:

Die Organisationsleitung sowohl wie die in Ihrem werten Hause beschäftigten Diener, laden in einer gelegten abend stattgefundenen Versammlung zu der Ansicht, daß zur Zeit eine Prüfung des maleziellen Inhalts des uns von Ihnen übermittelten Tarifvertrages nicht möglich sei.

Der Tarif enthält einen Abs. (e) Abs. 3), der in seinem Inhalt die Möglichkeit einer großen Schädigung eines jeden bei Ihnen beschäftigten Dieners, in willkürlicher Absicht durch einzelne Ihrer Beamten mit sich bringen könnte.

Ferner war der bereite Abs. gar nicht Gegenstand der stattgefundenen gegenseitigen Verhandlungen, so daß wir leider nicht in der Lage sind, daß Ihreseits als Begründung vorzubringende Beweismaterial für die Notwendigkeit des von Ihnen einstig geschaffenen Abschusses des Tarifes, zu prüfen.

Da nun der Passus in seiner jetzigen Fassung bezüglich seiner ihm ungewohnten Tragweite für die Organisation unannehmbar ist, sehen wir Ihreseits einer Befreiung der Firma von der Pflicht einer schriftlichen Klärung über den Bereich eines Punkt im Interesse der ganzen Angelegenheit entgegen.

#### Hochachtungsvoll

J. M. der Ortsverwaltung.

Schon am selben Tage erhielten wir ein längeres Schreiben, in dem man uns glaubte auszuladen zu sehen, daß der strikte Punkt keineswegs von so großer Tragweite wäre, wie wir es aufzufassen hätten.

Wir hielten es daher für angebracht, der Firma folgenden bestimmten Bescheid zugehen zu lassen:

Warenhaus A. Jandorf u. Co.

Auf Ihr gebrätes Schreiben vom 24. September haben wir folgendes zu bemerken. Da die in Ihrem Tarifunterstand unter Abs. 3 behandelte Materie von außerordentlich weittragender Bedeutung ist, Sie außerdem unseres Erachtens bei Fassung dieses Passusses von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen sind, erscheint eine schriftliche Erklärung der Angelegenheit nicht für zweckmäßig, und müßte nach unserer Ansicht eine diesbezügliche mündliche Ausrede erfordern.

Wir ersuchen Sie deshalb höchstlich, uns mitzuteilen, ob und wann Sie ebenfalls sind, mit Vertretern unseres Verbandes über die Sache zu verhandeln.

Eine weitere Verhandlung, welche mehrere Stunden in Anspruch nahm, sandt einige Tage später statt, die jedoch ergebnislos verlief. Da die Geschäftsführung auf Ihrem eingeschlagenen Standpunkt verharrete. Wir haben uns nunmehr veranlaßt, der Firma in unserem Schreiben vom 1. Oktober klar und klar zu erklären, welches unser Standpunkt ist. Dasselbe lautet:

Berlin, 1. Oktober 1907.

Warenhaus A. Jandorf u. Co.

Unter hōh. Bezugnahme auf die am Sonnabend den 29. September abgeschlossenen Tarifverhandlungen, welche leider verlängt werden mussten, gestalten wir uns Ihnen folgendes mitzuteilen.

Die Organisationsleitung mög es ablehnen, die im Basis 9, Abi. 3, ihres Tarifentwurfs vorgesehene materielle Festsitz für die Handlungen der in Ihrem Betriebe beschäftigten Mitglieder zu übernehmen.

Wir empfehlen Ihnen daher gegen nochmals, den in unserem Tarifentwurf enthaltenen Vorschlägen bezüglich Arbeitsausschuss und Schiedsgericht zu stimmen, da durch diese Einrichungen Ihnen die weitgehende Garantie nach gerechter Richtung für Ihren werten Betrieb gegeben ist und jede von Ihnen befürchtete Gefahr vollständig beseitigt wird.

Dass wir stets bestrebt sein werden, den getroffenen Abmachungen nach jeder Änderung Wahrung zu verleihen, dasse wirkt hierunter bestehende Verhältnisse als vertragsschließende Partei. Unser diesbezügliches Handeln wird außerdem bedingt durch die Ihnen übermittelten Bestimmungen unseres Staats, zu deren Anwendung in vollster Stärke unseren Mitgliedern gegenüber wir uns für eull. vor kommende Fälle veranlassen.

Zu der Hoffnung, alle eull. Weisheit Ihrerseits bestätigt zu haben, erwarten wir von Ihnen eine diesbezügliche Zusicherung, damit der Abschluss des Tariffs baldigst erfolgen kann.

Hochachtungsvoll

Die Organisationsleitung.

Die Antwort darauf ließ nicht lange auf sich warten; nach am gleichen Tage kam folgender Brief:

"Verein Berliner Hausdiener.

Wir bestehen Ihr gest. Schreiben und halten es für zweckmäßig, wenn eine nochmalige Aussprache stattfindet: unser Herr Kästner erwartet Sie daher morgen Mittwoch vormittag 9½ Uhr."

Wir traten nunmehr erneut in eine Verhandlung ein, und hier zeigte es sich gar zu deutlich, dass man es weiterhin verstanden hätte, die Beratungen der ganzen Angelegenheit wochenlang hinzuziehen.

Alle Vertreter der Organisationsvertreter, eine friedliche Lösung herbeizuführen, scheiterte, indem der Vertreter der Firma A. Jandorf u. Co., Herr Kästner, nunmehr erklärte, dass er genötigt sei, seinen Standpunkt betreffs Konventionalstrafe von 100 M. der Organisation gegenüber fallen zu lassen, jedoch darauf bestehen muss in jedem einzelnen Falle der im Hause beschäftigten Diener, Bader, Schaffner etc. eine Konventionalstrafe von 100 M. wegen unberechtigten Verlassens der Arbeit auferlegen müsse und zwar dergestalt, dass jedem der in Frage kommenden wöchentlich eine Marke von dem schon fälligen Verdienst abgezogen wird, bis die Summe von 100 M. erreicht sei. Das unsere Vertreter zu einer derartigen eigenartigen Abmachung niemals ihre Zustimmung geben könnten, versteht sich am Rande. Als sich der Vertreter der Firma, Herr Kästner, gar zu recht beleidigenden Neuerungen den Verbandsvertretern gegenüber hinsetzen ließ, mussten die Verhandlungen endgültig abgebrochen werden.

Noch hatten unsere Vertreter das Haus A. Jandorf noch nicht verlassen, so wurden schon verschiedene Anordnungen getroffen, welche uns zu Genüge beweisen, dass die Firma mit Absicht den Kampf herausbeschworen.

Schon im September erschien eine große Annonce unter einer Chiffre, in welcher mehrere Hausdiener, Bader etc. gefeuert wurden. Sofort wurden Hunderte von Rohpostkarten an die sich seiner Zeit meldenden Vereinskollegien gesandt, deshalb sind wegen Einstellung Bielefeld-Allianzstraße 1—2 zu melden. Eigentlich müsste es erscheinen, dass diese mit der Scharfmachervereinigung verbündeten Postkarten schon im September fertig zum Versand gestellt waren, trotzdem der Oktober irgendwie herangeführt war. Aber auch schon an demselben nachmittag wurde in allen Filialen angeordnet, dass sich die in Frage kommenden Diener usw. einzeln bei der Geschäftsführung zu melden hätten.

Und dort wurde von jedem verlangt, einen Revers zu unterzeichnen, wie er bis dato im Handelsgewerbe überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Mit welchem Nachdruck dieses eigenartige Verlangen gestellt war, zelot der Umstand, dass auch gleichzeitig das Kündigungsschreiben im Vermerkungsfall der Unterschrift bereit lag.

Wir hielten es als unsere ganz selbstverständliche Pflicht, unseren Kollegen von diesem Scharfmacherstreit Kenntnis zu geben. Ein großer Teil der Vereinskollegen hatte Müllt gern, diesen Utaas nicht zu unterzeichnen und erforderte daraufhin die sofortige Entlastung von ca. 164 Kollegen.

Zu dem am Freitag Abend, den 4. Oktober in den Anhaltische Fechtsalen, Beuthstr. 19/20 stattgefundenen Versammlung der noch bei der Firma A. Jandorf & Co. u. d. B. beschäftigten Hausdiener usw. nahm wegen dieses rigorosen Vor gehens Stellung und sah einstimmig den Beschluss, dass die noch in den Betrieben befindlichen am Sonnabend früh einstimmig die Arbeit niederlegen sollen. Auch der Vertreter der übrigen Organisationen, wie Maßnahmen und Geizer, Metallarbeiterverband usw. gaben ihre Zustimmung, indem sie sich mit uns solidarisch erklärten.

Kein Arbeiter, der Ehrgefühl genug besitzt, wird bis zur Erledigung des Kampfes in diesem Hause Stellung annehmen.

Die Vermittelung für Hausdiener ic. für A. Jandorf & Co. hat Herr G. Volle, Alt-Moabit 99—103, übernommen, auch Ich schick Leute, die sich bei ihm melden, zu Jandorf & Co.

Mag der Scharfmacherverband auch alle seine Minen springen lassen, so lange der Dauer hält er den Kampf doch nicht aus. Anscheinend muss es seinen Mitgliedern aber die Zähne ausbeißen.

noch viel und schweres Geld kosten, bevor die nächterne Vernunft bei ihnen Einzug hält.

Die Firma M. de Embden & Söhne und ihr Komis, Herr Jandorf, werden es aber an ihrem Geldbeutel spüren, dass die Berliner Arbeiterschaft mit jenen einfältigen Leuten abzurechnen weiß, die einem ihrer Mitglieder das Koalitionsrecht hinwegstehlen wollen.

## Der preußische Eisenbahnschluss und das Koalitionsrecht!

Ein Beitrag zur Richtigung vor dem Gesetz.

Dass der Staat seinen Arbeitern und Angestellten seine Koalitionsfreiheit gewährt, ist ja bereits eine vielfach bewiesene Tatsache. Die Fälle, in denen Angestellte im Post- und Eisenbahndienst wegen Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft gemahrgestellt worden sind, haben sich fortwährend wiederholt. Die kleinste Regung eines freiheitlichen Gedankens hat den Staat stets mit Entlassung geahndet. Alle offenen Proteste in und außerhalb der Parlamente haben bisher nicht vermocht, diese Seiten zu brechen.

Dass nun aber auch einzelne Organe des preußischen Staates dazu übergehen, Privatangestellte, welche nur den „Fehler“ haben, dass sie in Diensten von Unternehmern stehen, welche Arbeiten für den Staat übernommen haben, das Koalitionsrecht zu unterbinden, ist denn doch zuviel!

Schon seit längerer Zeit ist uns berichtet worden, dass in den verschiedensten Städten die sogen. „bahnamtlichen“ Spediteure ihren Angestellten (Auszüher und Arbeiter) mitgeteilt haben, dass sie sich keinem Verband auf keinen Fall über dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließen dürfen. Die Herren Unternehmer erklärten, dass sie von der Bahnverwaltung angewiesen sind, keine Organisierten zu beschäftigen!

Es erscheint uns daher zunächst unglaublich, wenn die Auszüher und Arbeiter in den Speditionsbetrieben (auch die in den bahnamtlichen) sind doch direkt Arbeitnehmer beim Privatunternehmer, welche mit der Eisenbahnbörde als Arbeiter in gar seinem Verhältnis stehen.

Und doch! Wir haben unsern Glauben revidieren müssen, nachdem uns eine Bestimmung in die Hände fiel, welche in den Statuten von Speditionsfirmen in Thüringen festgesetzt ist.

Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

### Bekanntmachung

Der Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands verfolgt ordnungsmässige Bestrebungen und will den Freiden zwischen der Staats Eisenbahnbörde und ihren Arbeitern stören. Der Beitritt zu dem Verband und seine Ortsgruppen oder jede anderweitige Förderung seiner Bestrebungen würden sich deshalb als ein Verstoß gegen die Bestimmung unter Bisher § 2 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstweisen der Staats Eisenbahnbörde darstellen und die Entlassung zur Folge haben.

Wir vertrauen, dass sich unsere Bediensteten dieser im Interesse der Ordnung notwendigen Bestimmung einschärfvoll fügen und uns keinen Anlass zum Einschreiten geben werden.

Erfurt, den 10. April 1907.

### Königliche Eisenbahndirektion.

(Unterschrift unleserlich.)

Es ist ja nichts neues, dass Bahnarbeiter bei Speditionsbetrieben Raukreisdienste spielen müssen; dass man aber nun auch den Speditionsarbeiter und Auszüher das Recht der Vereinigung innerhalb ihrer Verorganisation nehmen will, kann man doch wohl als etwas — na sagen wir — Ungewöhnliches bezeichnen.

Oder zu welchem Zweck sind die Bekanntmachungen in den Speditionsbetrieben angeheftet?

Wir machen alle Vereinskollegen darauf aufmerksam, dass diese Bekanntmachungen für uns, mit Respekt gesagt, für die falsch sind. Solange die Speditionsbetriebe in Händen von Privatunternehmern liegen, hat die Eisenbahnbörde kein Bestimmungsrecht über unsere Kollegen!

Die Kollegen im Speditionsgewerbe werden ersucht, in allen Fällen, wo sich derartige oder ähnliche Anschläge in ihren Betrieben befinden, dem Zentralvorstand oder dem zuständigen Gauborstand abschriftlich davon Mitteilung zu machen. — Die Eisenbahndiener sollen sich an unserer Organisation anzuheften.

## Aus unserem Beruf.

### Arbeiterinnen.

Frankfurt a. M. Die Zeitungsträgerinnen aller großen hierigen Tagesblätter sind seit längerer Zeit in überwiegender Mehrzahl unserem Verband angeschlossen, um die seit alters Zeiten bestehenden und den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Löhne einer Änderung zu unterziehen. Zu letzter Zeit haben wiederholt anfierst zahlreich besuchte Versammlungen statt, in denen die eventuell zu stellenden Verhandlungen beraten und auch die sonstigen Verhältnisse im Beruf der Trägerinnen eingehend besprochen wurden. In einer am 30. September abgehaltenen, von circa 200 Trägerinnen besuchten Versammlung referierte der Gauleiter und erstattete gleichzeitig Bericht über die mit den Inhabern resp. Vertretern der einzelnen Zeitungen gehabten Verhandlungen. Große Aufmerksamkeit zeigten die Versammlungen bei den Anstiftungen über die Stellungnahme der Zeitungsunternehmer zu den Forderungen. Während Herr Horstmann, der Vertreter des „General-Anzeiger“ und ebenso auch die Vertreter der „kleinen Presse“ bei den Unterhandlungen sich sehr entgegenkommend zeigten, war das bei dem Direktor Mida von den „Neuesten Nachrichten“ nicht der Fall. Dieser Herr schrie einen brutalen Unternehmerhandpunkt heraus und beliebte dabei einen Schafnäher nicht gewohnt sind. wiederholte wiederholt wollen wir bei diesem Herrn die Unterredung abbrechen, weil Arbeitervertreter gewohnt sind, in anständiger, ruhiger und sachlicher Weise mit Menschen zu verhandeln. Beliebt wird auch dieser Herr zeitig genau die Überzeugung gewinnen, dass ein beratlicher Ton in Frankfurt a. M. nicht angebracht ist. Im weiteren wurden dann die Löhne bei den einzelnen Zeitungen den Anwesenden vor Augen geführt und wieder ist zu bemerken, dass unsere „Volksstimme“ nach dieser Richtung mit 14 Pf. pro Abonnement höher an erster Stelle stand. Der „General-Anzeiger“ erzielte die Trägerinnen bisher 10 Pf. Dieser wurde verpflicht, den Lohn auf dieselbe Höhe zu bringen, jedoch fanden die Verhandlungen insfern zum Abschluss, als hier vom 1. Oktober ab der Trägerlohn auf 12 Pf. schreibt wird, was einer Erhöhung von durchschnittlich 6 M. pro Monat für jede Trägerin gleichkommt. Bei der Unterredung wurde von Herrn Horstmann in jeder Weise die Organisation anerkannt und ausdrücklich von ihm betont, dass er nach dieser Richtung niemanden irgend welche Schwierigkeiten bereiten wolle. Auch die Vertreter der „kleinen Presse“ trugen im Prinzip eine zunehmende Erhöhung des Trägerlohnes zu, jedoch sind hier die Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gelangt. Bissher wurden 11 Pf. pro Exemplar an die Trägerinnen bezahlt. Die Versammlungen nahmen den Bericht mit Beifriedung entgegen und gaben der Versicherung Ausdruck, dass sie in Zukunft tren zur Organisation stehen werden, damit auch bei den übrigen Zeitungen die Verhältnisse möglichst bald bessere werden. — In der Diskussion ergänzte Kollege Ständer die Ausführungen und bestreit dabei unter großer Heiterkeit der Versammlungen einen Vorfall, der ihm persönlich mit dem Direktor Mida von den „Neuesten Nachrichten“ passiert ist. Der Herr wollte und noch einen Kollegen, als sie die Trägerinnen zur Versammlung einluden, mit Hilfe der Polizei einsacken, sodass von der Straße weg verhaftet lassen. Dieser Bergmann konnte der Herr aber nicht gentzen. Zu seinem Anger ließen sich beide Kollegen, als auf seine Aufrufforderung von der Polizei die Versammlung festgestellt waren, in ihrer Arbeit durchaus nicht stören. Da die Kollegen in seiner Weise sich irgend welcher Übertragung bewusst sind, freuen wir uns heute schon auf den Reinfall, den der Herr Direktor Mida erleben wird. In Zukunft werden wir uns nicht abhalten lassen, in Arbeitsstellen für Auflösung zu sorgen und zeigen, welche Herren gern wohl die Arbeitergruppen nehmen, aber auf der andern Seite jedes Recht des Arbeiters brutal mit Füßen treten. Nachdem noch Frau Schulze und einige andere Kolleginnen gesprochen und zum Schluss an der Organisation angefordert hatten, wurde vom Kollegen Arnold das Refusat der Wahl einer Vertrauensperson bekannt gegeben. Nachdem wieder eine große Zahl ihren Eintritt in den Verband vollzogen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

### Droschkenführer.

Hannover. Zu einem eigenartigen Streit wäre es beinahe anlässlich der in diesem Jahre hier abgehaltenen Kaiserparade gekommen. Unsere Polizeibörde stand anscheinend auf dem Standpunkte, die bei solchen Anlässen notwendige Durchzüstung der Paradebewerber durch billige Fahrgäste zum Paradeplatz zu heben. Sie hatte hierbei aber ganz versehen, dass unter patriotischen Droschkenführern, sobald es an den Geldeutel geht, recht unpatriotisch werden können. Sie nehmen in dieser Angelegenheit durchaus keine Sonderstellung gegenüber den übrigen Vertretern von „Belly“ und „Bildung“ ein. So bald es eben an den Geldeutel geht, kann diese Gesellschaft durchaus ruppig werden.

Wer die Behandlung des Publikums durch die Polizei während der Kaiserparade gesehen hat, muss sich wirklich ob den großen Mannesmaus, den unsere Droschkenführer in diesem Hause an den Tag gelegt haben, wundern. Doch lassen wir die Tatsachen folgen. Die Entfernung von Hannover zum Paradeplatz beträgt etwa 12 Kilometer. Die Taxe für eine Fahrt von 1—2 Personen beträgt einschließlich Wartezeit und Rückfahrt etwa 19 M.

Da diese Fahrpreise bei weitem hinter den Preisen, welche die Bewerber von Droschken, Equipagen etc. in anderen Städten aus ihren Fahrten zur Kaiserparade erzielt haben, zurückbleiben, so beantragte der Vorstand des Vereins der Hannov. Droschken- und Fuhrwerksbesitzer zwei seiner Mitglieder, die Herren Schormann und Wiese, beim Königlichen Polizeipräsidium auf eine Auferkraffung der

somit üblichen Fahrtaxe (siehe oben!) an dem genannten Tage hinzuwirken und dafür Sorge zu tragen, daß an diesem Tage eine "Vereinbarung" über den Fahrpreis zwischen dem Aufsitzer und dem Fahrgäste getroffen werden dürfe.

Früherzeitig wurde die Kommission bei dem Vertreter des Königl. Polizei-Präsidenten, dem Herrn Reg.-Assessor Hellwig dienterhalb vorzeitig und wendte sich, als ein Über-einkommen mit Herrn Regierungs-Assessor, der gegen jegliche Vereinbarung war und auf Feststellung einer Taxe bestand, nicht erzielt werden konnte, direkt an den Polizeipräsidenten, Herrn Grafen v. Berg, in gleichzeitiger Ueberreichung einer Bittschrift, in welcher die Wünsche des Vereins Ausdruck fanden.

Der Herr Polizei-Präsident teilte der Kommission mit, daß er die Bitte des Vereins einer Prüfung unterziehen und demnächst darüber Bescheid erteilen wollte. Bis zum 9. August d. J. gelangte irgend welche Nachricht jedoch nicht an den Verein, vielmehr brachte derselbe in Erfahrung, daß bereits eine fertig ausgearbeitete Taxe, zu der auch die Präsidenten der Städte Hannover-Linden ihre Zustimmung gegeben hätten, zur Veröffentlichung vorliege, in welcher die Fahrpreise wie folgt festgesetzt waren:

1. Für eine Fahrt zum Paradefelde hin oder zurück 1-2 Personen 10 M.
2. Bei mehr als 2 Personen . . . . . 15 M.
2. Für eine Fahrt hin zum Paradefelde und zurück bei 1-2 Personen . . . . . 15 M.
2. Bei mehr als 2 Personen . . . . . 20 M.

Nach dieser Taxe würden also die Droschkenbesitzer teilweise noch weniger erhalten, als nach den Preisen der alten Taxe.

Diese Taxe erschien unserm Droschkenbesitzer selbstverständlich nicht ausnehmbar. Auch wir stehn auf dem Standpunkte, wer Zeit und Geld sich solchen Luxus zu gestatten, mag hierfür auch eine anständige Bezahlung leisten. Die Droschkenbesitzer würden noch einmal vorzellig, ebenso auch bei der städtischen Polizeiverwaltung, erreichten jedoch nichts, trocken sie darüber hinzuweisen, in diesem Falle von dem ihnen laut § 14 Abs. 1 der Droschkenordnung vom 17. Mai d. J. zustehenden Recht der Fahrerweigerung Gebrauch zu machen. Der Polizeipräsident fühlte sich veranlaßt, die Kommission mit den Worten: "Meine Herren, ich weiß nun, was Sie wollen; Sie können gehen!" zu entlassen. Ein nochmaliges schriftliches Schluß blieb ebenfalls ohne Erfolg, und am nächsten Tage wurde die oben angeführte Taxe bekannt gemacht.

Hierauf erließen die Droschkenbesitzer im hiesigen "Tageblatt" eine gehärmte Erklärung. Nunmehr erfolgte auch eine Antwort vonseiten der Polizeibehörde, die folgenden Wortlaut hatte:

"Nachdem der Verein es für gut befunden hat, die im "Hannoverschen Tageblatt" vom 14. d. M. veröffentlichte Anzeige: "Zur Nachricht" zu erlassen, sehe ich mich nicht mehr veranlaßt, die Bestimmung vom 7. d. Mts. wie ich in Erwögung gezogen hatte, zu ändern und werde mich lediglich an die Bestimmungen der Droschken-Ordnung halten."

Hannover, den 15. August 1907.

(ges.) Graf v. Berg."

Man sieht also, die Droschkenbesitzer sollten für ihre Unbotmäßigkeit bestraft werden, doch diese dachten: hängen galt nicht und erließen in den nächsten Tagen folgende neue Erklärung:

#### Erklärung!

Unter Bezugnahme auf unsere in Nr. 226 dieses Blattes erschienene Annonce "Zur Nachricht" gestatten wir uns, dem verehrlichen Publizist die Beschlüsse der am Freitag, den 16. August d. J. stattgehabten Versammlung ganz ergeben zu mitzuteilen:

Unsre Verluste, auf gütlichem Wege ein für uns einigermaßen annehmbares Resultat zu erzielen, müssen als völlig schiefgeschlagen betrachtet werden. Da das Königl. Polizei-Präsidium an der an dieser Stelle am verlorenen Sonnabend veröffentlichten Taxe für Fahrten am Tage der Kaiserparade festhält, so hat der Verein beschlossen, von dem den Droschkenbesitzern in § 14, Abs. 1 der Königl. Polizei-Verordnung für das Droschkenwesen zugeschneiderten Rechte der Fahrtverweigerung Gebrauch zu machen, und es werden am Tage der Kaiserparade weder Droschken noch Taxameter eine Fahrt zum Paradefelde zu den und aufgewogenen minimalen Preisen, die sich teilweise noch unter dem Preise der Taxe der Polizei-Verordnung halten, annehmen.

Da uns aber nichts fern liegt, als einen Streit heraufzubewegen, so geben wir dem verehrlichen Publizist bestätigt, daß wir zur Vorberichtigung von Wagen

im Bureau der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft,

Volksweg 41,

eine Zentralstelle errichtet haben, von welcher aus die Wagen zu folgenden Preisen abgegeben werden:

#### 1. Droschken-Fuhrwert:

a) Einspanner z. Hin- u. Rückfahrt n. d. Paradefelde 35 M.

b) Zweispänner; . . . . . 50

#### 2. Equipagen-Fuhrwert:

Bur. Hin- und Rückfahrt nach dem Paradefelde . . . . . 60 M.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Bestellungen bis zum 25. August d. J. abends 8 Uhr, erfolgt sein müssen und daß außer den bei genannter Zentrale bestellten Fuhrwerken kein Wagen am Tage der Parade zu haben sein wird; denn die Anfahrt der Diensthabenden Wagen auf den Halteplätzen erfolgt erst um 7 Uhr morgens, also nachdem die Zufahrten zum Paradefelde bereits gesperrt sind.

Schließlich wollen wir nicht unterlassen zu bemerken, daß die obigen Preise sich durchaus in dem Rahmen der auch in anderen Städten, deren Einwohnerzahl der Stadt Hannover bedeutend nachsteht, bei ähnlichen Gelegenheiten gezahlten Fahrpreise halten.

Der Verein

der Hannov. Droschken- und Fuhrwerksbesitzer.

Dieses Vorgehen des Vereins hatte die Wirkung, daß der Herr Polizei-Präsident in der am 26. August d. J. erscheinenden Nummer des "Hannoverschen Tageblatts" jedenfalls auf Veranlassung der städtischen Polizei-Verwaltung erklärte, daß er im Einverständnis mit den Magistraten der Städte Hannover und Linden seine Verfügung betr. die Fahrtaxe zum Paradefelde wieder aufhebe.

Was bei obiger Erklärung aussaß, ist, daß die Herren ausdrücklich erklären, einen "Streit" nicht heranzuschaffen zu wollen. Mag die Sache nun liegen wie sie will, man sieht heraus, die Herren haben es durchaus bequem, eine Lohn erhöhung für sich heranzuschlagen, ob sie einer Lohn erhöhung ihrer Aufsitzer auch so bereitwillig folge gegeben hatten, steht freilich auf einem andern Blatte. Sind doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Droschken gewerbe von allen Großstädten so ziemlich die schlechtesten. Eine ganze Reihe benachbarter kleinerer Städte weist ebenfalls bedenklich bessere Verhältnisse auf. Freiwillig werden freilich unsere Herren Droschkenbesitzer nichts machen. Gossentlich werden durch diesen Vorgang unserer Kollegen Aufsitzern die Augen auch etwas geöffnet. Auch sie können, wenn sie wollen, sich bessere Verhältnisse schaffen. Sie dürfen nur genau so wie die Unternehmer zusammen halten, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Mainz. Herrliche Zustände herrschen unter den hiesigen Droschkenbesitzern. Die Leute haben schwer unter der Polizeiausübung zu leiden. Besonders zeichnen sich hierbei die Schuhleute J. und M. aus. So hatte der Aufsitzer G. einen Fahrer in seiner Drosche, der für sein Geld dreimal um das Monat am Bahnhof gefahren sein wollte. Der Schuhmann J. sah dies und verhalfte dem Aufsitzer ein Protosoll in Höhe von 11 M. Ein anderer Aufsitzer wurde angezeigt und bestrafen, weil er seinen Wagen nicht gestoppt stehen hatte. Wieder andere sechs Aufsitzer erhielten je ein Protosoll in der Höhe von 3 bis 6 M., weil sie vier trieben, während ein Extrazug einfiel, wovon die Aufsitzer natürlich nichts wußten. Ein weiteres Beispiel: Der Aufsitzer D. wurde von dem Schuhmann J. beauftragt, für ihn Kauiszucker zu holen, was der Aufsitzer bereitwillig tat. Dann ging er in die am Bahnhof gelegene Wirtschaft, um etwas zu essen. Für den Freundschaftsdienst erhielt der Aufsitzer ein Protosoll in Höhe von 5 M. Aus diesen angeführten Tatsachen erscheinen die Droschkenbesitzer, unter welcher Art von polizeilicher Aufsicht sie noch stehen. Es ist darum wichtig eines jeden von Ihnen, betarische Protosolle der Verbandsleitung zu überbringen, damit diese durch Gewährung von Rechtschaffn. den so behandelten Kollegen zu ihrem Rechte verhelfen kann.

#### Fensterputzer.

Berlin. Die Kollegen bei der Firma Internationales Glas- und Gebäude-Reinigungs-Institut Alexander Nelsen zu Berlin haben einen, den Verhältnissen entsprechend recht günstigen Lohntarif mit genannter Firma abgeschlossen.

Vorher erhielten die Kollegen einen Wochenlohn von 21,50 M. pro Woche, die geschäftigen Feiertage wurden nicht bezahlt. Dieser Lohn war nicht dazu angetan, den bei genannter Firma beschäftigten Kollegen ein eingeräumtes angemessenes Dasein zu verschaffen. Zieht man in Betracht, wie überaus gefährlich die Arbeit der Kollegen Fensterputzer ist, bedenkt man ferner, daß die Lebensbedürfnisse ganz enorm verteuert sind, so wird man es verständlich finden, daß genannte Kollegen bemüht waren, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Der Firma Nelsen wurde ein Entwurf zur Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingereicht und nunmehr nach einigen Verhandlungen folgende Vereinbarungen getroffen.

#### Vereinbarung.

Zwischen der Firma "Internationales Glas- und Gebäude-Reinigungs-Institut Alexander Nelsen" zu Berlin, einerseits und den bei ihr beschäftigten Arbeitern, sowie dem "Deutschen Transportarbeiter-Verband", Ortsvertretung Berlin 2, andererseits, wird heute folgender Tarifvertrag festgelegt:

#### A. Regelung des Lohnes.

1. Der Ansangslohn für gebürtige Fensterputzer beträgt 22,50 M. pro Woche, steigend von 6 zu 9 Monaten auf 50 M. pro Woche bis zum Höchstlohn von 25 M. pro Woche.

Putzer, welche schon jetzt 24 M. und mehr erhalten, bekommen sofort eine Zulage von 1 M. pro Woche.

2. Gläserarbeiter erhalten zu ihrem Lohn eine Extravergütung von 1 M. pro Woche.

3. Die in Cafés tätigen Putzer erhalten für die zu leistende Früharbeit eine Extravergütung von 5 M. pro Woche.

4. Der Lohn ist ohne Abzug in der angegebenen Höhe auszuzahlen.

#### B. Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit beginnt morgens 6 Uhr und endet abends 6 Uhr inkl. einer zweistündigen Gesamtpause.

Sonntags wird die Arbeit eine Stunde früher beendet.

2. Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und sind dieselben mit 60 M. pro Stunde zu vergüten. Als Überzeitarbeit gilt die Zeit von 6-9 Uhr abends.

3. Nacharbeit darf ebenfalls nur in dringenden Fällen verrichtet werden und ist diele mit 1 M. pro Stunde zu vergüten. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

4. Aufforderarbeit darf nicht von den Putzern verlangt werden.

#### C. Allgemeine Bestimmungen.

1. Die in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage dürfen vom Lohn nicht in Abzug gebracht werden.

2. Abzüge für Bruchschäden werden in folgender Weise geregelt: für jeden durch grobe Fahrlässigkeit verursachten Bruchschaden hat der in Frage kommende Putzer zur Hälfte des Schadens zu haften. Die zweite Hälfte des Schadens trägt die Firma. Der Abzug für Bruch erfolgt in der Form, daß dem betreffenden Putzer pro Woche 50 Pf. vom Lohn in Abzug gebracht werden.

3. Den Putzern, welche 2 Jahre und länger im Betrieb tätig sind, ist alljährlich ein Urlaub von 3 Tagen zu gewähren und zwar unter Fortzahlung des Lohnes.

4. Maßregelungen wegen Durchführung dieses Tarifs dürfen nicht stattfinden.

5. Eventuelle Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten, welche aus diesem Tarif entspringen, werden durch den Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung eines Vertreters der Firma, sowie eines Vertreters des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin 2, geregelt.

6. Dieser Tarifvertrag hat Gültigkeit vom 1. Oktober 1907 bis zum 30. September 1908 und gilt auf ein Jahr verlängert, wenn er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Berlin, den 1. Oktober 1907.

Für die Firma:

Smith, Geschäftsführer.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband:

K. Lambrecht.

Für die Arbeiter:

Hermann Knauerhoff, Albert Felsenreuter.

Es geht hieraus hervor, daß die Löhne um 1,78 M. pro Woche erhöht sind. Die Feiertage dürfen für die Zukunft nicht mehr vom Lohn in Abzug gebracht werden. Die Arbeitszeit ist um 1 Stunde verkürzt und außerdem wird den Kollegen ein Urlaub von 3 Tagen gewährt. Das sind ganz eminente Vorteile, die nur dadurch erreicht werden können, daß die Kollegen sämtlich der Organisation angehören. Für alle übrigen Kollegen sollte dieser Tarifabschluß ein Aufschwung sein, immer mehr an dem Auf- und Ausbau der Organisation zu arbeiten, damit es uns zu gegebener Zeit gelingt, auch in den Betrieben, wo bisher noch die allertrügsten Zustände herrschen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herzuführen.

#### Handelsarbeiter.

Breslau. Der Magistrat und die Sonntagsruhe der Handelsarbeiter. Eine im November vorigen Jahres einberufene Hausdienner-Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit der Sonntagsruhe. Es wurde von verschiedenen Rednern darüber gestagt, daß die im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeitlerinnen von Sonntagsruhe nichts verspüren, es wäre an der Zeit, daß Schritte getan würden, damit die im Handelsgewerbe beschäftigten Kollegen und Kolleginnen an Sonn- und Feiertagen ruhen könnten, da ihre Arbeit eine anstrengende und ermüdende, die Arbeitszeit eine übermäßig lange ist.

Man beschloß daher einstimmig, an den Magistrat und die Stadtverordneten eine Petition zu richten, damit die Sonntagsruhe erweitert werde, wie das auch durch Ortsstatut möglich sei.

Mit einem Begleitschreiben und vielen Unterschriften verließen, sandte die hiesige Verbandsleitung die Petition an die betreffenden Körperschaften.

In dem Begleitschreiben, welches der Petition beigelegt war, wurde eine eingehende Begründung gegeben. Es wurde besonders betont, daß in verschiedenen Städten die vollständige Sonntagsruhe schon längst eingeführt ist und daß auch in Breslau es möglich sei, die Einführung im Interesse der nach Tausenden zahlenden Arbeiterschaft im Handelsgewerbe zu treffen. Allerdings könnte die Nahrung- und Genussmittelbranche während der Übergangszeit vorläufig ausgeschlossen werden.

Die Hausdiener warten noch heute auf einen Bescheid. Entweder ist die Petition in Vergessenheit geraten oder aber — was wohl eher anzunehmen sein mag — weber Magistrat noch Stadtverordnetenversammlung wollen von einer erweiterten Sonntagsruhe etwas wissen. Aus diesem Grunde fand am 28. September eine Hausdienner-Versammlung statt, in der festgestellt wurde, wie unsern Stadtverwaltung sich stellt, wenn es sich um Einführung sozialer Einrichtungen handelt.

Eine Kollegin wies in seinem Referat darauf hin, daß die Handelsarbeiter auch steuerzahrende Bürger sind, daher auch wert, daß man sie einer Abwertung würdigt.

Auch die hiesige Handelskammer ist eine der rückständigsten, wie man sie selten findet. Bei allen unseren Wünschen ist sie uns hindernd in den Weg getreten, und auch hier scheint sie wieder ihr gut Teil dazu beigetragen, daß unsere Petition keine Berücksichtigung fand.

Redner wies ganz besonders darauf hin, daß auch die Handelsarbeiter von keiner Seite Entgegenkommen zu erwarten haben, daher selbst durch eine starke Organisation ihre Forderungen erkämpfen müssen.

Zur darauf folgenden Diskussion sprachen alle Redner im Sinne des Referenten.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 28. September 07 in den Union- und Gesellen-lagenden Versammlung Breslauer Haus- und Geschäftsinhaber bedauern auf das lebhafteste, daß der Magistrat der Stadt Breslau es nicht für notwendig gehalten hat, auf eine Petition vom November vorigen Jahres Bescheid zu geben. Die Versammlungen glauben, daß der Magistrat verpflichtet sein muß, Petitionen, wenn auch nur eines Teiles der hiesigen Bürgerschaft, zum mindesten zu beantworten.

Die Versammlungen bedauern ferner, daß anscheinend so wenig Rücksicht vorliegen, eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe herbeizuführen.

Die theologische Sonntagsruhe. Der Internationale Bund für Sonntagsfeier hat in diesen Tagen in Frankfurt a. M. seinen 12. Kongress abgehalten.

Es waren gar frumme und gottesfürchtige Männer, die mit viel Gebet, Gesang und Psalmenchoren für die „theologische Sonnagskruze“, wie ein Diskussionsredner aus Berlin freudig die Bestrebungen der alten evangelischen, katholischen und jüdischen Glaubens feierte, Lieder brachten. Es ging im großen und ganzen mit salbungsvollen Worten der mein gesittlichen Herren ab. Lebhaft wurde es nur, als Pfarrer Teutoburg, der Vorsteher der christlichen Kellner, die Sonntagsruhe im Wirtschaftsverband behandelte. Zu diesem Reicrat waren viele Wirt und Vorsteher von Wirtschaften, zum Teil aus weiter Ferne, herbeigekommen. Sie haben gründlich gegen eine angemessene Auszeit ihrer Schriften nichts einzubringen; aber sie willten nicht mit Unrecht, daß es den frummen Bundesbrüder nur darauf ankommt, eine Schließung der Wirtschaften am Sonntag oder doch während der Zeit der Gottesdienste am Sonntag zu erwirken. Der Kirche war der Kirche ist, aber auch dem Wirt, was des Wirters ist, rief ihnen ein Berliner Wirt zu. Ein anderer Berliner Publizist sagte: „Sie befürchten die Arbeit der Sozialdemokratie!“ Ob er mit dieser „Arbeit“ die antikatholischen Bestrebungen in der Sozialdemokratie meinte? Laßt doch den Leuten auch ein bisschen Freiheit, die sie ja doch nur in den Wirtschaften finden, und bleibt uns mit der „englischen Kraft“ (Schließung der Wirtschaften am Sonntag) vom Leibe, wünschte ein weiterer Vertreter des Wirtschaftsverbandes. Eine Einigung zwischen den beiden Parteien kam nicht zu stande, und die Zeitschrift des Pfarrers Teutoburg stieß vorläufig nur auf das Publikum. Behandelt wurden noch die Sonnagskruze im Handelsverband, in der Blumenfachsaat und in der Landwirtschaft. Die Rede des Referenten zur Landwirtschaft, Oberamtsrichter v. Bardehle-Schäfers-Heidelberg, gipfelte in dem Satz, daß die Organisationsbestrebungen unter den ländlichen Arbeitern nicht erwünscht seien. Das glauben wir dem Herrn aus Wirt. Zum Schlus sprachen die Pfarrherren Täger-Frankfurt und Lammerding-Dieboldheim über die „Vertreibung“ der Sonntagsfeier. Es war eine wahre Wohltat, daß zwischen dem Propheten redet und dem Propheten Wirt das Weltall in der Mitte war, wenn auch das Weltall diesesmal Professor Trommershausen hieß, der es denn doch nicht gerade für völlig häßlich, von Grömmigkeit zu kriegen; auch das Tanzbein sollte zum Beispiel herniedern eine Statt haben.

Hannover. Zu wiederholten Malen haben wir an dieser Seite die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der besten Handelsarbeiter kritisiert. Es gibt wohl keine Großstadt, in der solch miserablen Verhältnisse herrschen; werden doch für verheiratete Haushälter Löhne von 15 bis höchstens 21 M. pro Woche bezahlt. So gibt es in einem kleinen größeren Kaufhause, wo etwa 50 Kollegen beschäftigt sind, kleinen einzigen Haushälter, der 20 M. Lohn erhält. Für 15—20jährige treue Dienststiftung gibt es ganze 10 M. Die Arbeitszeit geht über das gesetzlich zulässige Maß optimal um ein bedeutendes hinaus. Auch wird noch ganz besonders über die Behandlung seitens des Hausschmieds geklagt. Man sollte glauben, diese Verhältnisse hätten die Kollegen allein schon zu der Überzeugung gebracht, daß hier eine Aenderung notwendig sei. Aber weit gefehlt. Hier wie in fast allen anderen Betrieben hat eine Gleichgültigkeit platzgekehrt, die jeder Beschreibung spottet. Die Kollegen haben die Befreiung recht tiefer die Ohren gezogen. Allen möglichen Altimobiliar und sonstigen Vereinen gehören sie an, aber für die Organisation haben sie nichts übrig. Man braucht nur einmal des Abends nach Geschäftsschluss einen Gang durch verschiedene Rücken im Geschäftsviertel zu machen, da kann man sehen, wozu Zeit und Geld vorhanden ist. Aber für die Hebung ihrer Lebenslage haben die Kollegen nichts übrig. Sie sind durch die intensive Auslastung ancheinend so abgestumpft, daß sie jedes bessere Gefühl bar sind. Kollegen, es ist Zeit, endlich einmal aus diesem Schlo aufzutreten. Ihr seid es Euch selbst, Eurer Familie, Euren Kindern schuldig. Sollen die Verhältnisse denn ewig so bleiben? Ist denn gar keine Aenderung möglich? Ja, eine Aenderung ist wohl wünschlich, wenn Ihr nur wollt. Ihr habt es selbst in Händen. Was in anderen Orten möglich ist, ist auch bei uns bei einigem guten Willen durchzuführen. Ihr habt es selbst in Händen, eine Aenderung herbeizuführen.

Nun zeigt aber auch dem Unternehmerum, das Euch bisher in der schrägen Weise ausgebeutet hat, daß Ihr nicht mehr die willenslohen Sklaven seid. Ihr habt das Recht, als Menschen eine anständige Bezahlung und menschenwürdige Behandlung zu verlangen. Freiwillig gibt das Unternehmerum nichts heraus, jede, selbst die kleinste Verbesserung muß erzielt werden. Dazu bedürfen wir einer starken Organisation; nur durch die Organisation sind wir in der Lage, menschenwürdige Verhältnisse zu erringen. Darum Kollegen, schaut ein in die dargebotene Hand, schließt Euch der Organisation an, so werden auch für uns bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Kempten. Der Kampf um das Koalitionsrecht, den die Käfigarbeiter in Kempten nahezu neun Wochen führten, hat mit einem teuren Siege für die Arbeitgeber geendet. Die zwei in Kempten erschienenen Tagespresse wurden nicht müde, bei den Reichs- und Landtagswahlen den Arbeitern zu verbieten, daß Liberalismus und Zentrum stets für das Koalitionsrecht eintreten werden. Die Organisation war den Käfigarbeitern schon lange ein Dorn im Auge, somit sie ihre Arbeitern doch nicht mehr ausnutzen und bezahlen, wie sie wollten. Ansfangs erwiderten die Herren in der Öffentlichkeit den Angriffen, als wären sie neuig, mit ihren Arbeitern wieder einen Tarif auf Friedensbasis abzuschließen, jedoch war das nur ein Scheinmanöver, um ihren wahren Charakter zu verbergen. Die Forderungen der Arbeitgeber wurden

als undisputabel bezeichnet und denselben ein Tarif angeboten, der weit minderwertiger war als der bestehende. Freilich hatten die Käfigarbeiter eine solche Slauhaftigkeit ihrer Arbeit nicht berechnet, infolgedessen ist auch der Schaden viel größer geworden, als ihn die Herren fakturieren. Auch die Streitbrecher, agenten, unter denen sich die Einflanter und Aufseher berühmtdürften, waren nicht in der Lage, den Herren der Stadt Kempten aus der Patsche zu helfen und sie vor Schaden zu bewahren. Die Käfigarbeiter in Memmingen haben ihren Mauszeihern zur Erinnerung an den Streit 1907 übernein Andenken fabrizieren lassen; wir hoffen, daß die Träger für ihren Jubiläumsdienst auch später die ihnen gebührende Erlobung finden. In Kempten können sich die Käfigarbeiter diese Ausgabe ersparen, sie werden ohne Erinnerungszeichen den Streit von 1907 nicht vergessen. Am niedergeschlagenen haben sich die christlichen Käfigarbeiter gezeigt, sie machen nicht nur Streitbrecher- und Sirenlarke, sondern ver suchen, nach Möglichkeit Arbeitswille heranzuziehen. Ihr Verhalten war beträchtlich schöpferisch, daß sie aus dem christlichen Verbund ausgeschlossen wurden, und das will gewiß etwas beiseite. Die „Allgäuer Zeitung“, die Sprachrohr dieser Streitbrechergesellschaft, wurde nicht müde, den Arbeitgebern die christliche Organisation zu empfehlen und die Streitenden und ihre Führer in den Schmug zu ziehen. Mit heuchlerischer Miene bemerkte dieses Wohlthat, daß ein großer Teil der Streitenden vor dem Frühjahr nicht mehr eingestellt werde; die Leute werden ihren Führern nicht besonders dankbar sein, da diese diesen Streit gewissschwer herausbeschwor haben. Dieses Käfigarbeiter glaubt nun für die im Streit liegende christliche Organisation im Frühling fischen können und diejenigen einzufangen, über die sie während des Streits bei jeder Gelegenheit losgezogen hat. Die Arbeitgeber Kemptens haben durch diesen Streit aufs neue erfahren, wie die Arbeitgeber ihre Rechte mit Füßen treten, wenn es gilt, ihren Profit zu vermehren. Sie haben auch lernen gelernt, daß das Wort, gleiches Recht für alle Staatsbürger eicher Bund ist. Für die Arbeitgeber gibt es nur ein Abwehrmittel, das ist eine starke, freie, gewerkschaftliche und politische Organisation.

#### Transportarbeiter.

Lübeck. Die Entwicklung unserer Organisation macht hier gute Fortschritte. Seit doch die Mitgliederzahl im letzten Quartal von 311 auf 363, also um 52. Das ist gewiß erfreulich. Dennoch aber darf uns dieser Zuwachs nicht genügen. Wir müssen unermüdlich weiter arbeiten, damit wir recht bald das halbe Lautend Mitglieder erreicht haben. — Das Interesse der Kollegen an den Versammlungen, die jetzt jeden zweiten Donnerstag in der Stadt stattfinden, muß ein noch regeres als bisher werden. Konnen doch in jeder Versammlung interessante und wissenswerte Angelegenheiten zur Beratung. So haben sich z. B. die beiden letzten Versammlungen mit dem internationalen Kongress in Stuttgart, sowie mit dem Eintritt der Elektrofirma beschäftigt. Das Thema, die beiden Kollegen interessieren müssen.

Die Auflösung einer Fahne ist beschlossen worden. Die Kosten sollen durch freiwillige Sammlungen gedeckt werden. Hauptsächlich kommt recht bald so viel Geld zusammen, daß die Fahne bestellt werden kann.

#### Gesetzliche und Mitglieder-Versammlungen.

München. Am Sonntag, den 22. September, fand eine öffentliche Versammlung statt. Als Referent war ein Kollege aus Köln erschienen. In seinem Referat führte dieser uns den Zweck und Nutzen der Organisation in jeder Hinsicht so recht vor Augen. Ferner führte er Tatsachen an, die zeigen, wie nötig speziell in Sachen ein immer engerer Zusammenhang der Berufsfolgen gegenüber dem organisierten Unternehmerum ist. Dietrefflichen Ausführungen fanden allseitiges Beifall. Folgende im Sinne des Referats abgesetzte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige, am Sonntag, den 22. September, abgehaltene öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie verpflichtet mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, insbesondere die Kollegen in den Lokalsvereinen auf die Vorstufen der Zentralorganisation ausserordentlich zu machen, damit in absehbarer Zeit die Verhältnisse der Tatsache verbessert werden können.“

Nachdem noch vereidigte Kollegen Mikrländer vorgebracht hatten, erhielt Kollege Kiel das Schlusswort und forderte er darin die Kollegen auf, die Versammlungen besser zu besuchen, denn gut besuchte Versammlungen könnten dem Unternehmerum nur zentral, daß wir gewillt sind, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Hierauf schloß sich die Versammlung.

Breslau. Die Arbeitgeber-Verbände und ihr Einfluss auf die Lebenshaltung der Arbeiter. In vier großen Demonstrationsversammlungen behandelten Kollegen dieses Thema. Sehr spät hat die Organisation in den Reihen der Arbeiter unseres Berufes Eingang gefunden, noch viel später war dies mit der Organisation der Arbeitgeber der Fall. Die Organisation anderer Berufe reicht dagegen bis ins Mittelalter zurück. Obwohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Handels- und Transportgewerbe die denkbare schlechtesten sind, schließen sich doch die Arbeitgeber in diesen Berufen in einem Unternehmerverband zusam-

men. Ihr Streben ist vor allem darauf gerichtet, genau so wie alle anderen Unternehmerverbände, durch das beliebte Mittel der Ausserung die Arbeitgeberorganisation finanziell zu schädigen. Damit aber die Betriebe nicht zum Stillstand kommen, werden geheime Verbände von ihnen und ihrem Gehilfen ins Leben gerufen, die dann bei Streiks und Lohnbewegungen die Arbeitwilligen liefern müssen.

Auch eigene Arbeitsnachweise sind und werden von Arbeitgebervereinigungen gegründet, um die sich missliebig gemachten Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt fernzuhalten.

Aller Wahrscheinlichkeit werde sich auch der Arbeitgeberverband im Handels- und Transportgewerbe an die Zentrale der Arbeitgeberverbände anschließen. Wenn auch in Breslau noch keine Ortsgruppe dieser Arbeitgeberverbindung gegründet ist, so sei doch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß es in nächster Zeit doch dazu kommen wird. Dabei sollen die Kollegen und Kolleginnen auf der Hut sein und die der Organisation noch Fernstehenden derselben zu führen. Die Fäden, die die Unternehmer gegen die Arbeitgeber spannen, müssen und können zerreißen werden, wenn diese in ihrer Verbandsorganisation eine geschlossene Phalanx gegen die Unternehmerschaft bilden.

Die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von der die Kirch-Dunkerischen Gewerkschwestern immer fasziniert, ist eitler Dunst.

Die Arbeitgeber fragen nicht nach Konfession und politischer Ausrichtung, wenn es gilt, sich gegen die Arbeit zu vereinigen. Nur die Arbeitnehmer glauben, Eigenbrödeli treiben zu müssen. Sie merken aber nicht, daß sie dadurch die Bestrebungen der Unternehmer fördern. In allen Versammlungen wurde regnerisch Debata mit Erfolglosigkeit folgende Resolution gesetzt:

„In Erwägung, daß der Zusammenschluß des Unternehmerums immer weitere Fortschritte macht, daß sich auch im Handels- und Transportgewerbe ein eigner Zusammenschluß vollzieht, der unverkennbar die Wohlthat verfolgt, die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft nie zu zerstreuen; in der ferneren Erwägung, daß die Arbeitgeberverbände die Absicht haben, Arbeitervereine (sog. gelebte Gewerkschaften) zu gründen, mit deren Hilfe eigene Arbeitsnachweise zu schaffen, um bei Streiks und Lohnbewegungen leicht und schnell Arbeitwillige zur Verfügung zu haben, erachtet es die heutige taugende Versammlung als eine dringende Notwendigkeit, daß sich jeder im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe berufsmäßige Arbeiter und Arbeitnehmer der Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande, anschließt da diese mit allein im Staande ist, dem gelehrten Gewerbe des vereinigten Arbeitgeberiums ein starles Gegengewicht entgegenzustellen.“

Die Versammelten verpflichten sich, zur Verbreitung einer energischen Agitation zur Erfahrung ihres Verbandes leidet sich zur Verfügung zu stellen und nicht eher zu rasten, bis auch der letzte Berufsollege dem Verband zugewiesen ist.“

Celle. Am Donnerstag, den 12. September fand hier selbst eine öffentliche Versammlung statt, in der der Gauleiter einen Vortrag hielt über: „Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel“. Wer nun etwa der Meinung ist, daß ein solch wichtiges Thema die Kollegen veranlaßt hätte, recht zahlreich zu erscheinen, der irrt sich. Ganze 10 Kollegen waren erschienen, bei über 120 Mitgliedern. Aus diesem Grunde wurde das Referat auch nur in kurzen Umrissen gegeben. Kollegen, ist es denn nicht gerade befremdlich, daß der Besuch so läglisch war? Allem Anschein nach geht es den Celler Kollegen schon zu gut, sie haben es demzufolge auch nicht mehr nötig, in die Versammlungen zu kommen. Oder hat der Ausgang des letzten Streits die Kollegen nutzlos gemacht? Haben wir denn wirklich Ursache, die Blinde ins Korn zu werfen? Wer war es denn, der im vorigen Jahre den Lohn der Kollegen um relativ 3 M. pro Woche und Mann in die Höhe trieb? Wer hat denn die Arbeitszeit wesentlich eingerückt? Doch nur die Organisation! Wenn nun in diesem Jahre der Streit ergebnislos verlaufen ist, so lag dies doch an den eigenartigen Umständen. Der Magistrat, die Eisenbahndirektion, Militär- und Gefängnisverwaltung, sie haben sich als Schuttruppen der Unternehmer erwiesen. Kollegen, diese Tatsache allein müßte in Euch den Gedanken der Vergeltung aufrecht erhalten. Diese Tatsache allein muß genügen, daß Euch allen die Erfahrung zum Durchbruch zu bringen, daß wir als Arbeiter nur durch uns selbst angewiesen sind, daß es daher auch notwendig ist, unter allen Umständen die Organisation nach jeder Richtung hin zu stärken. Nicht mut- und tapferlos dürfen wir dagegen, sondern müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung und Festigung der Organisation Sorge tragen. Und gerade die angeblichen Verhältnisse in Celle zeigen es uns doch, wie das Unternehmerum zusammenhält. Deshalb müssen auch wir unsere Reihen stärken, den vereinten Unternehmern eine gute Organisation entgegenstellen. Wir sind es uns selbst, unserer Familie, unseren Kindern schuldig, für einander Menschenwürdige Verhältnisse zu sorgen. Bleiben wir um uns, Freunde überall, niemand, der für uns eintritt. Das Trachten uns Stimmen der Unternehmer, der bestehenden Klasse, ist daraus gerichtet, sich auf Kollegen der arbeitenden Bevölkerung zu bereichern. Wollen wir uns denn wehlos die Haut über die Ohren ziehen lassen? Nein, und abermals nein! Wir haben als Menschen das Recht, eine anständige Behandlung und Bezahlung zu verlangen; verwelkt man uns dieses, so müssen wir es uns erzwingen. Darum Kollegen, hinweg mit der Gleichgültigkeit, hinweg mit der Faulheit. Zeigt dem Unternehmerum, daß Ihr, wenn auch geschlagen, doch nicht vernichtet seid. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Ab-

rechnung mit dem Unternehmertum muß und wird kommen.

Leider war auch die am letzten Sonntag stattfindende Mitgliederversammlung nur schwach besucht, trotzdem jeder Kollege eine besondere Einladung erhalten hatte. Wir wollen hoffen, daß diese Zeiten genügen, um einen Wandel herbeizubringen. Darum Kollegen, vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Frankfurt a. O. Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Möbeltransporte fand am Mittwoch, den 25. September, statt. Auf der Tagessitzung stand: "Die Tätigkeit der Unternehmer bei Lohnverhandlungen und unsere Gesetzlosigkeit." Als Referent war ein Kollege aus Berlin erschienen, welcher an der Hand einer Menge statistischer Materialien die Anwesenden in  $\frac{1}{2}$  stündigem Vortrag teilte. Die Zivilisten, welche gemacht wurden, deuteten darauf hin, daß der Vortragende der Versammlung aus dem Herzen gesprochen habe und verpflichtet sich die Anwesenden, welche sie auch in den Verband aufnehmen ließen, den Gedanken der Organisation auch in den entferntesten Winkel hineinzutragen, damit auch mal in ihrem Berufe Ordnung geschaffen wird. Anschließend an die öffentliche Versammlung fand dann noch eine engere Besprechung der in Frage kommenden Kollegen statt, wooten der Kollege Kürzl, als Senior der Branche, beantragt wurde, den betreffenden Firmen die vom Hauptvorstand gesandten Lohnvereinbarungen vorzulegen, ja sofern sie den jetzigen Verhältnissen noch lange nicht entsprechen, aber doch einen kleinen Fortschritt bedeuten. Die in Frage kommenden Firmen erklärten sich damit einverstanden und einige erklärten sogar, daß die Arbeiter ja nur kommen brauchen!!! Welch eine Humanität und Wohlwollen! Sollten die Herren etwa schon etwas gelernt haben? An den Kollegen hier wird es nun liegen, die Sache durch intensive Agitation und zähes Festhalten an der Organisation zum festen Abschluß zu bringen, damit auch in diesem Berufe mal Ordnung einzieht.

Jena. Am 21. September referierte unser Gauleiter über das Thema: "Die Unglücksfälle in unserem Beruf und wie kann selbiges abgeholzen werden?" Der Gauleiter verstand es, die Zuhörer zu fesseln, was der mehrfache Beifall bewies. Für die vielen Unglücksfälle, welche in unserem Berufe geschoben, ist größtenteils nur den Unternehmern die Verantwortung zuzuschreiben, da diejenigen Staubwurzeln nicht anbelangen; auch die Polizeiorgane könnten etwas mithelfen, aber weißt du, steht diese mit den Unternehmern auf gutem Fuße. Die letzten Unfälle in Jena beweisen zur Genüge, wie es gemacht wird mit den Arbeitern. Ja, die Firma C. Ebbhardt, Hofspeckleute, hat es in einem halben Jahr fertig gebracht, daß man dem verunglückten stützlich seinen verdienten Lohn vorgeworben habe und zwar unter der Bedingung, der Arbeitnehmer müsse doch für den Schaden, welcher durch das Unglück an den Wagen usw. gefahren ist, aufkommen, der Verunglückte kommt dadurch in die schändliche Lage, Rente zu empfangen. Der Redner führte an, daß die Unglücksfälle in unserem Berufe an Prozenten gerechnet, alles überschreite, sogar die Steinbrucharbeiter, welche gewöhnlich eine hohe Unfallziffer zu verzeichnen haben. Ist es auch ein Wunder, nein, denn die lange Arbeitszeit, die knappen Löhne, alles trägt die Schuld daran, unsere Kollegen zu Krüppel zu machen. Weil nur durch eine starke Organisation die Unfälle vermieden werden können, wurde folgende Resolution angenommen:

"Die heute am 21. September tagende Versammlung der Arbeiter des Transportgewerbes erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß zur Herabminderung der Unfallhäufigkeit im Transportgewerbe seitens der Behörde mehr denn bisher getan werden muß. Aus dieser Erwagung heraus fordern die Versammelten die baldige Einführung einer Fach- und Fachschule für diesen Beruf, sowie eine möglichst scharfe Kontrolle über die Beschaffung der zum Transportgewerbe verwendbaren Materialien (Wagen, Pferde usw.). Die Versammelten erklären ferner, daß auch die Arbeitszeit im Gewerbe ein wesentlicher Faktor ist, welcher zur Unfallhäufigkeit viel beiträgt. Aus letzterem Grunde verpflichten sich die Versammelten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß ihre Berufsorganisation mehr und mehr ausgebaut wird, um durch eigene Kraft die Arbeitszeit einer menschlich ähnlichen zu gestalten."

Nach Schluss der imposanten Versammlung wurden wieder einige Kollegen aufgenommen.

Um den verständigten Gerichten einzugezireten, unternahm der Gauleiter mit den Ortsfunktionären am 22. September eine Revision der Kasse; die eingehende Prüfung sämtlicher Beläge und Quittungen ergab die volle Zuständigkeit der Anwesenden. Hieraus geht wieder hervor, wie durch leistungsfähige Nebendarlebende ehrliche Arbeiter im Verdacht gebracht werden können.

Kattowitz. Am 22. September fand im Gewerkschaftssalone eine öffentliche Versammlung aller im Transportberufe beschäftigten Kollegen statt. Ein Kollege sprach über: "Die wirtschaftliche Lage der Transportarbeiter." Der Referent führte den Kollegen vor Augen, daß vor 20 und 30 Jahren dieselben Löhne gezahlt wurden, wie heute. Aber die Lebenshaltung blieb nicht dieselbe wie damals. Durch die fortwährenden, von Jahr zu Jahr steigenden ungeheuren Ausgaben für Heer und Marine und nicht zuletzt dank der fanojen Colonialpolitik, seit 1884 verausgabten 600 Millionen für unsere Kolonien wurde dieselbe eine immer teurere.

Um diese Millionen zu schaffen, wurden immer neue Steuern eingezahlt, immer neue Posttarife abgeschlossen, wodurch den Arbeiter die wichtigsten Lebensmittel ungemein verteuert wurden. Es trat da-

durch eine vollständige Unterernährung ein, weil die Arbeiter nicht in der Lage waren, infolge ihrer miserablen Löhne, ihre verbrauchten Kräfte durch gesunde und nahrhafte Speisen zu ernehen. Redner zeigte an der Hand seiner Ausführungen, daß es nur einer strengen Organisation möglich sei, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Zu diesem Zweck führt die Buchdrucker an, die zu 88 v. H. organisiert sind. Dadurch wurde es möglich, einen Lohnarbeitsmarkt zu schaffen, wodurch die Arbeitszeit auf 8½ und 9 Stunden festgelegt wurde und Löhne bis 40 M. pro Woche und mehr erzielt werden. Die Kollegen sollten sich an den Buchdruckern ein Beispiel nehmen und sich in ihrer Organisation ebenso stramm zusammenfassen. Sie sollen es nicht dem Vogel Strauß nachmachen, der den Kopf in den Sand stellt und dann denkt, ihm könnte dann nichts passieren. Sie sollten nicht, um ihr Glück zu vergessen, sich auf eine halbe oder ganze Stunde dem Danton Alabau ergeben, sondern sie sollten sich ihrer traurigen Lage immer bewußt sein. Sich immer vor Augen halten, was sie für ein Leben führen müssen, und wie ihr Arbeitgeber leben.

In der Diskussion führte Kollege Krumm an, daß der Tod des Kollegen Kürzl nur dadurch herverursacht sei, weil am Wagen kein fester Kutschersitz und keine Bremsvorrichtung vorhanden gewesen sei. Ferner wurde angeführt, daß bei der Padesfahrt ein junger, kaum 18jähriger Dienst als Kutscher jungiere, trotzdem es so viele arbeitslose Kollegen gäbe. Ebenfalls beschwerten sich Kollegen darüber, daß sie oft mit Polizeistrafen belegt würden, wegen zu spät Ankommenden der Zulässern. Die Arbeitgeber seien aber sehr faulig. Mit 5 M. Petroleum oder mit einem Licht sollten sie die ganze Woche langen. Dies wäre aber bei den jetzigen langen Abenden durchaus nicht möglich. Ebenfalls wurde darüber gestagt, daß die Kutscher während der Kirche alle möglichen Arbeiten verrichten müssen.

In seinem Schluswort zeigte der Referent, daß es den Kollegen nur möglich sein werde, all diese Missstände abzufauen, wenn sie sich als Mann für Mann organisieren. Aber auch die organisierten Kollegen dürfen nicht nur Rechte verlangen, sondern haben die Pflicht, ihre Kollegen aufzuläutern, sie vor allen Dingen in die Verhandlungen mitzubringen, damit wir einen immer stärkeren Kreis schließen. Um dann endlich einmal auch hier in Oberschlesien den Unternehmern anzurufen: Bis hierher und nicht weiter! Nur wird es nun möglich sein, für uns und die kommenden Generationen bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Darum, Ihr Arbeitgeber im Transportgewerbe, trete ein in den Verband! Es ist die höchste Zeit!

Lindenwalde. Am Dienstag fand eine öffentliche Versammlung der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter statt. Der Gauleiter sprach über den neugegründeten Arbeitgeberverbund im Transportgewerbe. Er führte den Erklärenen vor Augen, wie diese Arbeitgeberverbände sich zur Aufgabe machen, das Bestreben der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern, zu vereinigen. Auch die Lindenwalder Kaufleute treten diesem Verband bei und es sei deshalb Pflicht der Arbeiter, mit aller Kraft ihre Organisation aufzubauen, um dem Scharfmacherium ein Gegenpol zu bieten zu können. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde berichtet, wie einzelne Kollegen immer nach ihren Klassen laufen verlorenen, so ist es ein fröhliches Mitale, welches wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen werden muß. Nomen's Neue, das die Organisation in jeder Hinsicht zu schädigen sucht. Das die Kollegenschaft schädigende Treiben A. S. wurde gebührend gekennzeichnet und die Versammlung nach einem fröhlichen Schluswort des Vorsitzenden hinge geschlossen.

München. In der am Samstag, den 28. September, in den Zentralräumen stattgehabten, mit besuchten öffentlichen Versammlung der Arbeiter im Möbeltransport- und Speditions gewerbe referierte der Gauleiter über die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes für das Münchener Transportgewerbe zum Möbeltransportarbeitsstreit. Er führte aus: Die vereinzelten Resultate der Arbeitgeberverbände liefern die hieligen Arbeitgeber nicht rufen, bis sie sich hier am Platz ebenfalls zusammenfassen, um gegen den Deutschen Staatspostarbeiter-Verband Front zu machen. Große Verbrechen haben wir uns in den Augen der Arbeitgeber zuschulden kommen lassen, indem wir für ihre Arbeiter, unsere Kollegen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen suchten und gar noch verlangten, den Arbeitsnachweis in unsere Hände zu bekommen. Dafür will uns der Arbeitgeberverband im Möbeltransportarbeitsstreit endlich einmal Abrechnung halten und den Kampf bis zum Abschluß führen. Allein nicht möglich genug, werden die Christlichen und andere Nachgewerkschaften unterstützen, um bei Gelegenheit williges Arbeitsmaterial zu haben. Auch diesmal wurde es versucht, doch lauten wir rechtzeitig dahinter, und konnten den schlachtdurchdrungenen Plan verhindern. Keinen Tarifvertrag! ist die Devise des Syndikats des Arbeitgeberverbandes, nur wo es wegen der Stärke der Organisationen nicht anders möglich ist, empfiehlt er den Abschluß. Jetzt doch den Generalsekretär der Arbeitgeber, der den Taglohn von 7 M. durch einen Stundenlohn von 60 Pf. erhöhen soll, wodurch der Tarif um 1 M. niedriger gestellt wäre, als der bisherige, und das Gebaren der Arbeitgeber vor dem Gewerbevertreter am besten, welch' unversöhnlichen, an Unverstehen grenzenden Standpunkt der Arbeitgeber gegenüber der Organisation einnimmt. Wenn der Gewerbevertreter Sartorius in der letzten Vermittlungssitzung selbst erklären mußte, das Vorgetrage der Herren gleicht einer Provokation der Arbeiter, wie ein Et dem andern, dann kann man nicht begreifen, wie diese über einzelne Ausschreitungen der Streikenden, die auch wir bedauern, so gewaltig sich empören können, daß sie diese als Anlaß nähmen, nicht weiter.

mit der Organisation zu verhandeln. Konstatiert sei, daß diese Ausschreitungen durch das provokatorische Vorgehen der Arbeitgeber, der Schuhleute und der Arbeitswilligen, welch' letztere sogar teilweise mit Guimbalzäckchen und Revolvern ausgerüstet waren, herverursacht wurden. Dem Arbeitgeberverband ist es bisher noch nirgends gelungen, die Organisation zu zerstören und auch in München wird es ihm nicht gelingen. Er sollte sich eine solche Kampfweise zweimal überlegen, denn sie wird nur, wie auch an anderen Orten, Wasser auf unsere Mühle sein und die Organisation stärken und kräftigen. Manchen Arbeiter, der bis jetzt noch nicht fehlend wurde, wird nur ein Licht aufsehen und er wird nur wissen, in welchen Reihen er zu kämpfen hat. Die Organisation wird den Kampf in dem Speditions- wie im Möbeltransportgewerbe aufnehmen, wenn der Arbeitgeberverband auf seiner auch hier unannehbaren Forderung bestehen sollte, was sich in der am Montag stattfindenden Vermittlungsverhandlung zeigen wird. Eines steht fest: Das bei Firmen, die Möbeltransport und Spedition betreiben, kein einseitiger Tarif abgeschlossen werden kann. Entweder Abschluß beider Tarife oder gar keinen. Der Kampf soll dann auch hier frisch beginnen, so sehr wir den Frieden wünschen (Weißfahne). Sorgt dafür, daß die Organisation so stark wird, damit wir den Kampf um Sein oder Nichtsein stets in unseren Händen aufnehmen können! Lasst Euch nicht zu Ausschreitungen hinreißen, sondern bewahrt ruhiges Blut! Sollet hoch den Kopf, um zu kämpfen für die Organisation, dann wird es uns nie fehlen können. Unter brausendem Weißfahne schloß der Referent seine Ausführungen. Nach lebhafter Diskussion schloß Kollege Villar mit einem Hinweis auf die Arbeiterpresse die Versammlung.

Nürnberg. Am Sonntag, den 22. September fand eine gut besuchte Kohlenarbeiterversammlung statt. "Rückbildung und Ausgliedlung" lautete das Thema, über welches ein Kollege sprach. In vorzüglicher Weise gelang es dem Redner nachzuweisen, daß der langjährige Konkurrenzkampf des Unternehmertums nicht ohne schädlichen Einfluß auf die Arbeiter geblieben ist. Letztere fühlten sich meistens als Bestandteile des Betriebes oder Geschäftes und glaubten verpflichtet zu sein, die Unternehmer in diesem Kampf zu unterstützen; so kam es nicht selten vor, daß sich die Arbeiter der verschiedenen Betriebe selbst gegenseitig anfeindeten und in schändlicher Weise ihre Arbeit erweiterten. Redner kam auch auf die Schwierigkeiten zu sprechen, welche sich der modernen Arbeitersbewegung in ihren Anfängen entgeggestellt, bis es gelang, die Arbeiter über die Gemeingefährlichkeit ihres Betriebes zu überzeugen. Den Unterstand der Masse zu festigen, erforderte eine gewaltige Arbeit. Ferner befürchtete der Referent die Unternehmerverbände und ging dann auf die eigenen Berufsausgleichsrechte der Kohlenarbeiter näher ein. Der letzte Tarifabschluß, als auch der Zusammenschluß der Kohlengegenschäftsinhaber und der Spediteure wurde eingehend besprochen und betont, daß sie diese Form des Kampfes den Arbeitern abgelaufen haben.

Der nächste Kampf wird wohl ein schwererer werden als alle bisherigen, und es ist höchste Zeit, daß die Kollegen mehr denn je auf ihre Organisationen bedacht sein müssen. Die Arbeitsnachweise, die sind bei uns gut bewahrt haben, suchen, suchen die Unternehmer mehr und mehr auf ihre Seite zu bringen.

Bemerkenswert ist schließlich auch noch die genaue Kenntnis, welche die Unternehmer über unsere Bewegung haben; als Beispiel führt Redner den in unserem "Courier" Nr. 25 erschienenen Artikel "Streitvertragliches Titular" an.

Zum Schluss wurde noch auf das Treiben der gequälischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hingewiesen; auch die Liberalen beginnen den Arbeitersaft zu organisieren, als Beilei wurde noch die leichte Rede Tschöndörs zitiert. Vereine sind wir alles, allein sind wir nichts, damit solch Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag an, in welcher der Arbeiterpresse als bestes Agitationsmittel gedacht wurde, auch die Jugendorganisation wurde nicht vergessen.

Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zum Festhalten an der Organisation, auch forderte er die Kollegen auf, in ihren Reihen tüchtig zu agitieren und schloß dann die Versammlung.

### Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 22. September 1907 in Schweinfurt. Ven: Philipp Spiegel, Burggasse 8; Kass: Joh. Beck, Burggasse 8.

Wir erfreuen uns von nachstehenden Bittveroverlegungen Kenntnis zu nehmen:

Gau II: Von Kiel nach Hamburg, Borsendorferhof 57 III, (Gewerkschaftshaus) Telefon: Amt V, Nr. 7146.

Gau I (Saale): Parc 42/43, Hof 1, Zimmer 14, Telefon: Nr. 8166.

Mainz: Baumgasse 18, H. II

Mit kollegalem Gruß

### Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SD. 16, Engel-User 21, Hof 1 Tr.

N.B. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adressen zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassier, Kollegen Carl Käbler, Berlin SD. 16, Engel-User 21, Hof 1 Tr., einzufinden.

Verantworts. Nebalkt: A. Brüsle, Hammelsburg, Verlag der Buchdrsg. "Courier", D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dinnic, Berlin, Adalbertstr. 37.